

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboabonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.35 M., bei Selbstabholung 1.25 M. — Durch die Post bezogen vierjährlich 4.05 M., für 1 Monat 1.35 M. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.35 M.

Postcheckkonto Nr. 58 477. Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 693.

Inserate kosten die 7gesparte Petrolle oder deren Raum 25 Pfg. bei Platzvorschiff 40 Pfg. Schweriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauflage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer frühestens 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die neuen Steuervorlagen.

Wieder ein Stück Neuorientierung.

Der „große Einfluss“, den die abhängige Sozialdemokratie sich durch die Verschlechterung ihrer Grundsätze, durch die Aufreitung des inzwischen schon zur Hälfte aus dem Leim gegangenen Mehrheitsblocks erworben haben will, wird wieder einmal glänzend ins Licht gerückt durch das neue Steuervorprogramm, das gestern im Reichstag zugegangen ist. Wir haben vieles erwartet, wir waren auf starke Dinge gefaßt und die Kundgebungen der einzelstaatlichen Finanzminister gegen „Einbrüche“ in die Steuerhöhe der Bundesstaaten, in das Reich der direkten Steuern, waren ja von vornherein nicht geeignet, große Erwartungen auf nur halbwegs vollständige Gestaltung der neuen Steuervorlagen zu erwecken. Aber was jetzt herausgekommen ist, das ist eine derartig einseitige Belastung der armen Konsumierenden Massen, eine so vorsichtige Schonung des Kapitals, des großen Besitzes und Einkommens, daß selbst die größten Schwarzfeuer diese bittere Wirklichkeit in ihren Vorahnungen nicht erreicht haben werden. Unter diesem Duhnd neuer Steuern und Zölle sind gerade vier, die als vorwiegende Steuern auf den Besitz gelten können. Alles andre ist Belastung des Verzehrs und Verkehrs. Nun sucht zwar die Regierung dicke hölzerne Umschläge mit dem Reichenblatt in verhüllt, doch unter den Verzehrsteuern auch solche seien, die vornehmlich die barmherzigen Massen treffen, und zwar hebt sie als solche hervor die Weinsteuer, die Schaumweinsteuer und eine Luxussteuer, die in die Luxussteuer hineingearbeitet werden soll. Dieses Reichenblatt ist aber ein sehr lächerliches Ding. Das Wesen der indirekten Steuer ist, daß sie bekanntlich progressiv nach unten wirkt, daß sie den Armuten in seiner Rötdurst am schwersten trifft, während der Bevölkerung verhältnismäßig wesentlich geringer getroffen wird. Eine Widerwirkung, die schon so alt wie Methusalem ist, über die crusta-häuse Leute nicht mehr streiten. Mit dem Ausgleich durch Wein- und Luxussteuern ist es also sehr schlecht bestellt. Natürlich drapiert sich das Steuervorprogramm auch mit sozialpolitischen Reformen. Die Besteuerung der Getränke könnte doch die Nationalversammlung haben, den gesundheitsschädlichen Alkoholismus einzuschränken. Schade nur, daß sich dieser Hinweis gleich selbst ob absurdem führt durch die nachfolgende Ausdehnung der Besteuerung auf die alkoholfreien Getränke, deren Verzehr verbilligt werden möchte, wenn man die Trunksucht ernsthaft einzämmen wollte. Besonders lieblich ist auch das Brauntweinmonopol. Es erfaßt nicht die Fabrikation, sondern nur den Handel. Die Schnapsdienstleistungen der ostelbischen Großgrundbesitzer, der Haupthersteller des Brauntweins, werden nicht angefaßt; die Verbilligung des Proletariats durch Zusammenlegung und rationalistische Durchorganisierung der Brennereien ist nicht möglich.

Das sind Schönheiten, die schon auf den ersten Blick hervortreten. Die genauere Betrachtung der Einzelheiten muß der gründlichen Prüfung der nächsten Tage vorbehalten werden. Aber über den Schamcharakter des Steuervorprogramms ist keinerlei Zweifel möglich: er bedeutet, daß die Kriegskosten in der Hauptfach wiederrum nach altem Rezept auf die große Masse der schwächeren Steuerzahler abgewälzt werden, daß der große Besitz geschont wird. Es versteht sich von selbst, daß die unabhängige Sozialdemokratie dieses Programms bis ans äußerste bekämpfen wird. Leider ist nicht anzunehmen, daß die Reichstagsmehrheit ebenso über dieses Programm denken wird. Es wird sich auch hier wieder zeigen, daß diese Mehrheit der inneren Festigkeit und Einmütigkeit in den wichtigsten politischen Fragen entbehrt. Die Parteien des Mehrheitsblocks werden sich in der Stellung zu diesen Vorlagen nicht auf einer Linie bewegen, von einer geschlossenen Opposition der Mehrheit wird keine Rede sein, und mit Hilfe wechselder Mehrheiten wird die Reichsregierung diese neue Belastung der Volksmassen in die Scheiterung bringen können. Nicht ohne Mitschuld der abhängigen Sozialdemokraten, die durch ihre ganze Haltung der Regierung den Platz gegeben haben, mit solchen Summungen an das deutsche Volk und seine Vertretung heranzutreten.

Aus einer halbamtlichen Einführung, die den neuen Vorlagen mit auf den Weg gegeben worden ist, heben wir folgendes hervor: Bier und Brauntwein sind Gegenstände des Massenverbrauchs. Sie sind aber zugleich ein Luxus der verbrauchenden Massen, sind immerhin ein entbehrlicher Luxus. Um aber auch die traktierigen Schultern zu treffen, haben die neuen Entwürfe sich nicht darauf beschränkt, die schon bestehende Schaumweinsteuer zu erhöhen, sondern auch den Wein in die Besteuerung hineingezogen, der bisher von Seiten des Reichs verschont war. Die starke Belastung der alkoholischen Getränke macht es notwendig, auch die alkoholfreien Getränke zur Besteuerung heranzuziehen, da sonst die

bestrichen war, daß die sich bei den zu versteuernden Getränken eintretenden Preisesteigerungen im gleichen Umfang auch auf die alkoholfreien Getränke übertragen würden....

Der zu deckende Fehlbetrag beläuft sich auf 2,875 Milliarden Mark. Der Ertrag der Vorlagen wird auf rund 2½ Milliarden geschätzt.

Die Nichtigkeit dieser Beschönigung haben wir schon oben aufgedeckt. Besonders übel machen sich die Wendungen von dem „Zugangsverbrauch der Massen“, von den „Dingen des immerhin entbehrlichen Genusses“. Die Genüsse der ärmeren Bevölkerung sind wahrhaftig kein Luxus, sie sind so eng begrenzt, daß sie zu den Notwendigkeiten einer Lebensführung gehören, die Geist und Körper einigermaßen auf der Höhe erhalten sollen. Der Mensch lebt nicht von Brot allein, er braucht auch einige Genüsse, wenn das Leben nicht unerträglich werden soll.

Das Leipziger Tageblatt meint in seiner Besprechung, daß die Finanzverwaltung des Reiches versucht habe, die sozialen Gesichtspunkte, „die uns in diesen Säcken verschärft und verfeinertes Gewissen von jeder neuen Steuergesetzung verlangt“, in dem immerhin engen Rahmen der ihr zugewiesenen Steuerquellen zu verwirklichen. Aber es muß zugeben, es könne dennoch beweisen werden, „ob sie das im vollen Umfang gelungen ist“. Es werde natürlich nicht zu bestreiten sein, daß Anfragen, die alles was irgendwie nur trinkbar ist, vom Telt über Bier und Brauntwein bis zur Brousslimonade und zum Kaffee, Tee und Kakao besteuern, „natürlich auch die breiten Massen stark und schwer belasten müssen“. Das Blatt nimmt natürlich noch keine definitive Stellung, doch kann man aus seinen Ausführungen schließen, daß seine Partei, die Nationalliberalen, sich nicht in die Unlusten energischer Opposition stürzen werden.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten verschmähen die kritische Geste auch nicht, obgleich sicher ist, daß seine Hintermänner nichts dazu beitragen werden, das Steuervorprogramm in volkstümlicher Weise zu gestalten. Zum Schlus muß natürlich das große Alkoholmittel für die Gläubigen herhalten: die Kriegsentschädigung, wobei es das Blatt festhält, solche, die die Unterlegenen auf schwerste reizenden Kontributionen als eine Völkerschand zu dauerndem Frieden zu bezeichnen.

In der Dresden Volkszeitung erschien schon am gestrigen Tage ein Stampfer-Artikel, worin es hieß:

Noch allem... was man bisher über die große Reichsfinanzreform weiß, steht diese einen... Weg, den die Sozialdemokratie nicht mitgehen kann. Die erzielbigen Steuerquellen wie die Erbschaftssteuer und das Erbrecht des Reiches sind nicht erschlossen worden, dagegen werden neue drückende Steuern auf Verkehr und Verzehr vorgeschlagen. Dies scheint das Werkstück der ganzen Vorlage zu sein, daß sie nebenbei auch eine Auseinanderstellung der Monopoldenkungen macht und daß auch das Reichenblatt einer Besteuererhöhung nicht fehlt, versteht sich am Rande.

Berlin, 18. April. Zu den neuen Steuervorlagen sagt das Berliner Tageblatt, man dürfe erwarten, daß nicht bloß in Einzelheit, sondern in dem ganzen Aufbau des Steuervorprogramms einschließende Änderungen vorgenommen würden. Der Gefahr, einen Sprung ins Dunkle zu tun, könne der Reichstag dadurch begegnen, daß er die geforderten Steuern nur von Jahr zu Jahr bewillige.

Tägliche Rundschau: Es neue Steuergesetz, und doch nur erst der Vorgesetzte läßt sich über dieses Programm denken wird. Es wird sich auch hier wieder zeigen, daß diese Mehrheit der inneren Festigkeit und Einmütigkeit in den wichtigsten politischen Fragen entbehrt. Die Parteien des Mehrheitsblocks werden sich in der Stellung zu diesen Vorlagen nicht auf einer Linie bewegen, von einer geschlossenen Opposition der Mehrheit wird keine Rede sein, und mit Hilfe wechselder Mehrheiten wird die Reichsregierung diese neue Belastung der Volksmassen in die Scheiterung bringen können. Nicht ohne Mitschuld der abhängigen Sozialdemokraten, die durch ihre ganze Haltung der Regierung den Platz gegeben haben, mit solchen Summungen an das deutsche Volk und seine Vertretung heranzutreten.

Aus einer halbamtlichen Einführung, die den neuen Vorlagen mit auf den Weg gegeben worden ist, heben wir folgendes hervor: Bier und Brauntwein sind Gegenstände des Massenverbrauchs. Sie sind aber zugleich ein Luxus der verbrauchenden Massen, sind immerhin ein entbehrlicher Luxus. Um aber auch die traktierigen Schultern zu treffen, haben die neuen Entwürfe sich nicht darauf beschränkt, die schon bestehende Schaumweinsteuer zu erhöhen, sondern auch den Wein in die Besteuerung hineingezogen, der bisher von Seiten des Reichs verschont war. Die starke Belastung der alkoholischen Getränke macht es notwendig, auch die alkoholfreien Getränke zur Besteuerung heranzuziehen, da sonst die

Offizielle wird über die neuen Steuervorlagen mitgeteilt:

1. Das Brauntweinmonopol.

Wer erzeugter Brauntwein ist an die Monopolverwaltung abzuführen. Wo ansonsten die Brennerei die Rückbehaltung des Brauntweins gestattet wird, muß er den Brauntweinauslaßtag

zahlen. Die Kontingentierung und der Durchschnittsbrand bleiben bestehen. Das neu zu errichtende Monopolamt besteht aus der Verwaltungsabteilung und der Geschäftsbüroabteilung. Letztere ist die bisherige Spirituszentrale. Dazu tritt ein Rat aus 20 Mitgliedern, und zwar: 5 Mitglieder des Bundesrats, 5 Mitglieder des Reichstags, 5 landwirtschaftliche Bremer, 5 von der Monopolverwaltung vorgeschlagene Vertreter der gewerblichen Brennerei. Die Verkaufspreise sind so festzusetzen, daß dem Reich noch Abzug aller Kosten einer Kleinbetriebe für einen Hektoliter von 800 M. verbleibt. Der Preis für Trinkbranntwein ist teuer, für gewerblichen Brannwein billiger. Die Monopolverwaltung wird auch die einfacheren Trinkbranntweine herstellen, die Destillatoren werden abgesondert. Bei der Herstellung von Markenbranntwein ist noch eine besondere Abgabe von einer Mark für den Liter zu bezahlen.

2. Biersteuergesetz.

Die Biersteuer bedeutet den Übergang zur Abrikatsteuer unter Einflußnahme der Kontingentierung. Die Steuersätze sind je nach der Größe der Brauerei von 10 M. bis 12,50 M. für den Hektoliter gestaffelt.

3. Weinsteuer.

Die Weinsteuer wird erhoben beim Hersteller oder Händler, wenn der Übergang zum Verbraucher stattfindet. Sie beträgt 20 Prozent vom Wert. Ein Weinprüfungsamt stellt in Zweifelsfällen den Wert fest. Es ist Nachbesteuerung für Weine der letzten 3 Jahre vorgesehen.

4. Schaumweinsteuergesetz.

Die bisherige Staffelung von 1 bis 3 Mark wird durch eine einheitliche Säbe von 3 Mark ersetzt.

5. Gesetz, betreffend Besteuerung von Mineralwässern und flüsslich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Die Säbe für Mineralwässer, Limonaden und konzentrierte Konserven sind gestaffelt von ½ Pfg. bis 120 Mark, je nach Raumgehalt der Gefäße. Der Kaffeezoll wird auf 120 Mark für einen Doppelzettner, der Zoll für Kakaozähne auf 50 Mark, für Tee auf 220 M., für Schokolade auf 140 M. für einen Doppelzettner festgesetzt.

6. Gesetz, betreffend Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Abweichend von bisherigen Säben wird das Porto in Zukunft betragen: für Briefe bis 20 Gramm im Dreiviertel 10 Pfg., für Briefe bis 50 Gramm im Dreiviertel 15 Pfg., für Fernposttarifen 10 Pfg. Ferner sind Erhöhungen vorgesehen für Drucksachen, Geschäftspapiere, Pakete usw. Die Telegrafengebühren werden auf 8 Pfg. für das Wort erhöht. Von der Reichsabgabe bleibt unter anderem Preisettagramme.

7. Gesetz über die Arztssteuer der Gesellschaften für das 4. Kriegsjahr.

Die Gesellschaften waren schon früher gezwungen verpflichtet worden, 60 Prozent des im 4. Kriegsjahr erzielten Mehrgewinnes als Sondersteuerklage in ihre Belange einzustellen. Die Abgabe ist je nach der Höhe des Mehrgewinnes gestaffelt von 10 bis 50 Prozent.

8. Gesetz zur Änderung des Reichsstempelgesetzes.

Kauf- und Auktionshausgeschäfte in Wertpapieren werden verschieden besteuert, je nachdem der Käufer ein gewerblicher oder ein Privatmann ist. Das Privatamt hat die höheren Säbe zu zahlen. Die Säbe betragen: a) bei Kriegsanleihen 2 Zehntel vom Tausend bezw. 1 Zehntel vom Tausend. Geschäfte in Kriegsanleihen werden am niedrigsten besteuert; b) andre Reichs- und Staatspapiere 4 Zehntel vom Tausend bezw. 2 Zehntel vom Tausend; c) ausländische Staatspapiere, in- und ausländische Gemeindeschulverschreibungen, in- und ausländische Pfandbriefe 7 Zehntel bzw. 3 Zehntel vom Tausend; d) sonstige Renten und Schuldschreibungen 1 vom Tausend bezw. 4 Zehntel vom Tausend; e) Aktien, Anzeige usw. 3 vom Tausend bezw. 5 Zehntel vom Tausend; f) ausländische Banknoten, Papiergele und Geldsorten einheitlicher Säbe 2 Zehntel vom Tausend.

II.

Besteuerung von Geldumsäben (Depositen- und Kontoverrentensteuern). Die Steuer wird erhoben von den Zinsen, die der Bankier zahlt. Sie ist gestaffelt von 1 vom Hundert bei weniger als 100 000 M. bis auf 2,22 vom Hundert bei mehr als 10 Mill. Mark.

III.

Erhöhung des Stamps bei Gesellschaftsverträgen von 1% auf 5 vom Hundert.

4. Gesetz zur Änderung des Wechselstempelgesetzes.

Die Säbe betragen für Wechsel unter 250 M. 15 Pfg., von 250 bis 500 M. 20 Pfg., von 500 bis 750 M. 45 Pfg., von 750 bis 1000 M. 60 Pfg., für jedes weitere 1000 M. 60 Pfg. mehr.

10. Umsatzsteuergesetz.

Der Steuer unterliegen nicht nur die Waren, sondern auch die Leistungen; die bisherigen Befreiungen des Warenumsatzsteuergesetzes bleiben erhalten. Die Steuer beträgt 5 vom Tausend. Außerdem werden mit einer besonderen Zugangssteuer belastet: a) Edelmetalle und Edelsteine, b) Kunstreiche, c) Antiquitäten, d) photo-

Die neuen Steuervorlagen.

Offizielle wird über die neuen Steuervorlagen mitgeteilt:

1. Das Brauntweinmonopol.

Wer erzeugter Brauntwein ist an die Monopolverwaltung abzuführen. Wo ansonsten die Brennerei die Rückbehaltung des Brauntweins gestattet wird, muß er den Brauntweinauslaßtag

graphische Handapparate, e) Zügel, Klavire, Harmonien und mechanische Spielwerke, f) Handwaffen, g) Motorfahrzeuge für Land und Wasser, h) Teppiche, i) Pelzwaren. Der Steuersatz beträgt für Edelmetalle und Edelsteine 20 Prozent, für die übrigen 10 Prozent vom Wert.

11. Entwurf eines Gesetzes gegen die Steuerflucht.

Zur Verbindung der Steuerflucht (Personenfinanz) wird die Verpflichtung zur Steuerzahlung für die Personesteuern auf fünf Jahre nach Verlegung des Wohnsitzes erfreut. Vor der Abwanderung ist Sicherheit zu leisten (20 Prozent des Vermögens). Wer die Steuer hinterzieht, wird mit Frau und Kindern excommuniciert. Zahlt er die Steuer später nach, erlangt er seine Staatsangehörigkeit wieder.

12. Der Bierzoll.

Der Bierzoll wird erhöht in Gefäßen über 10 Liter auf 10.25 Mark, unter 10 Liter auf 25 Mark.

Die Erträge bezw. Meherrträge werden geschätzt in Millionen Mark: Kriegssteuer der Gesellschaften 600, Börsesteuer u. 214, Umsatz- und Einnahmen 1000, Erhöhung der Postgebühren 125, Brauerei- und Mineralwasser 650, Bierzoller 340, Weinsteuer 105, Scharminsteuer 20, Mineralwasser u. 50, Zoll auf Koffe, Tee, Kakao, Schokolade 75, zusammen 2070 Millionen Mark. (W. T. B.)

Eine Anfrage an die Sozialisten der Zentralmächte.

(S. A.) Der Präsident und der Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus haben durch Vermittlung des Genossen Branting den sozialistischen Parteien der Zentralmächte das Memorandum der sozialistischen Internationalen Konferenz überliefert mit dem Vorschlag, es zu prüfen und mitzutun, ob sie dem Inhalt des Memorandums zustimmen. In der Annahme der Londoner Beschlüsse würden die Sozialisten der alliierten Länder die Grundlage erblicken, auf der eine Vollistung des Internationalen sozialistischen Bureaus mit einiger Ausicht auf eine mögliche Vereinigung eingerufen werden könnte.

In einem dem Memorandum beigegebenen Schreiben, daß wir der Humanität entnehmen, wird festgestellt, unter welchen Bedingungen das Memorandum zustandegekommen ist, und daß eine Kommission nach den Vereinigten Staaten reisen werde, um auch die Zustimmung der amerikanischen Sozialisten einzuholen. Dann heißt es weiter:

„Abermals sie euch diese Mitteilung machen, halten es für die Unterzeichner des Bekenntnisses für möglich, objektiv an die Motive zu erkennen, die die Annahme des von der Londoner Konferenz besagten Verschlusses bestimmt haben.

Die Konferenz ist der Ansicht gewesen, daß es zu nichts dienen würde, einen allgemeinen Kongress aller Arbeiter- und sozialistischen Organisationen einzuberufen, wenn nicht ihr Ziel möglichst gleichzeitig wäre.

Sie erachtete, daß eine notwendige Voraussetzung der Abhaltung einer Volksversammlung der Internationalen ist, daß ihre Delegatoren sich vergewissern, daß alle an ihr teilnehmenden Organisationen in präzisen Worten in einer öffentlichen Erklärung ihre Ziellebensbedingungen formuliert haben, die auf den folgenden Prinzipien basieren: Frieden ohne Annexions und ohne Strafzuschändigungen, und Recht der Völker, über sich selbst zu verfügen; und daß weiter diese Organisationen mit ihrer ganzen Kraft daran arbeiten, von ihren Regierungen die notwendigen Garantien zu erlangen, daß diese Prinzipien ehrlich und ohne Reserven bei der Regelung aller auf der offiziellen Friedenskonferenz aufgestellten Fragen angewendet werden.“

Mit Rücksicht darauf, selbst diesen Bedingungen zu genügen, hat die Konferenz von London es als notwendig erachtet, in dem Memorandum, daß wir beantragt sind, euch zu übermitteln, ihre Absichten zu präzisieren und Ihre Aktion zu erklären.

Sie rechnet darauf, daß eure Partei, indem sie den gleichen Ausschussern gehorcht, beschließen wird, eine ähnliche öffentliche Erklärung abzugeben, sei es allein, sei es mit der Gesamtheit der Arbeiter- und sozialistischen Organisationen Centraleuropas.

Noch Ansicht der Teilnehmer an der Londoner Konferenz wird die Gegeüberstellung dieser Dokumente die größte Wichtigkeit besitzen. Sie wird ein wesentliches Element sein zur Beurteilung, ob zwischen den Proletariaten der beiden Gruppen von Kriegsführern eine genügende Gemeinsamkeit der Absichten besteht oder nicht bestehet, so daß eine gemeinsame Aktion gegen den Imperialismus und für einen demokratischen Frieden möglich werde. Diese vorausgehende Prüfung drängt sich um so mehr auf, als offensichtlich keine bedeutende Partei, die ihrer Verantwortlichkeit bewußt ist, einwilligen würde, die Gefahr zu laufen, sich durch ein Majoritätsvotum die Resolutionen eines Internationalen Kongresses außer Aktion zu setzen. Nur Resolutionen, die der Ausdruck eines allgemeinen und gleichen Willens wären, besäßen eine moralische Autorität und einen wirk samen Wert.

Zusammenfassend, die Sozialisten der Länder der Entente fordern euch auf, in dieser ersten Stunde wo es sich darum handelt, zu wissen, ob die Welt durch die Demokratie bereit oder dem Imperialismus ausgeliefert werden soll, gewissenhaft zu untersuchen, ob eine wirkliche, ehrliche, tätige Vereinbarung des proletarischen Willens möglich ist, um dem Recht der Macht ein Ende zu machen, um die Fundamente nicht eines Friedens, sondern des Friedens zu legen, um den Völkern zu helfen, sich von den endlosen Ketten militärischer Kriege, die zu Wirtschaftskriegen führen, und von Wirtschaftskriegen, die zu militärischen Kriegen drängen, zu befreien.

Wir legen eurer Botschaft nur eine einzige Betrachtung hinzu. Seit der Konferenz von London haben sich ernste Ereignisse abgespielt, die für die Arbeiter aller Länder die quälendste Bedrohung bilden. Die Prinzipien, die sie fordern, sind aufs heftigste verletzt worden. Das Recht der Völker, über sich selbst zu verfügen, ist offen willkürlich worden. In Österreich und Deutschland selbst haben Sozialisten die Furcht ausgedrückt, daß das entwaffnete, momentan zur Ruhe gebrachte Russland ein Kampfspiel werde, auf dem die revolutionären Dampfer mit ihren Ambitionen ununterbrochen und schließlich damit enden, um sie zu besiegen, sich auf Kosten der besiegten Revolution zu vergleichen.

Die Arbeiterschaften haben ein gemeinsames Interesse daran, gegen solche Akte zu protestieren, zu verhindern, daß solche Projekte sich verwirklichen.

Das ist der Wille der Verfasser und Unterzeichner des Memorandums. In dem gleichen Geiste fordern sie euch auf, es in einer gewissenhaften und ehrlichen Prüfung zu unterziehen.

Abermals sie euch Ihren Wunsch übermitteln, richten wir an euch, Genossen, unsere sozialistischen Grüße.

Für das Internationale sozialistische Bureau:

Der Präsident: Emile Vandervelde.

Der Sekretär: Camille Huysmans. (Bz.)

England zur deutschen Westoffensive. Das Mannschaftsgesetz in dritter Lesung angenommen.

London, 17. April. Unterstand. In Bemerkung der Ausführungen Diltons erklärte Lord George, die Annahme des Dienstpflichtgesetzes auf Irland könnte billigerweise nicht mit dem Verlust verzögern werden, den amerikanischen Kolonien Steuern gegen ihren Außen aufzutragen, weil es sich in diesem Falle um eine Belastung ohne Vertretung handele. Werner sei bei seiner Selbstverwaltungnahme, die von irischerer verantwortlicher Seite, in Irland in diesem Hause vertreten, gefordert wurde, bis ich, jemals danach gestellt werde, daß Fragen, welche die Organisation d. d. Kreises, der Flotte sowie der Landes- und Reichsverteidigung anregten, einem andern Parlament zur Entscheidung überlassen werden sollten als dem Reichstag. Die Forderung, daß ausdrücklich die Zustimmung

der Armen erlangt werden soll, könne mit demselben Rechte für Wales und Schottland gethan gemacht werden, aber diese hielten es nicht für eine Schmälerung des Selbstständigkeitsrechts ihrer Nasse, denn Rechte, dessen Völker sie sind, das Recht zu übertragen, alle Maßnahmen zur Vermehrung der Kräfte, die der Verteidigung des Reiches dienen, im Namen des Reiches durch Rechtsvertretung zu erzwingen. (Beifall.) Lord George erklärte dann: Die Regierung der irischen Frage ist nicht nur für Irland, sondern für das Reich eine Angelegenheit von vitaltem Interesse, und es wäre im Interesse unserer Leistungsfähigkeit und im Interesse der Mobilisierung unserer Kräfte für das beste Ziel wünschenswert, daß wir die irische Frage regeln und irgendwie Zufriedenheit in Irland sowie das Wohlwollen Amerikas erreichen würden. Bei der Einsichtnahme des Mannschaftsgesetzes hat die Regierung an nichts andres gedacht, als an die besten Mittel, den Krieg fortzuführen. Die Regierung hat Irland nur widerwillig eingeschlossen und nur deshalb, weil sie überzeugt war, daß es ungerecht sei und Unwillen hervorrufen würde, wenn diese drastische Maßnahme eingeführt würde, ohne daß in Irland die Dienstpflicht eingeführt würde.

In der Debatte über das Mannschaftsgesetz sagte Minister Barnes, nach seiner Meinung könne die Homerulebill rechtzeitig werden, bevor die Wehrpflicht in Irland wirksam würde. Carson unterbrach und fragte, ob nach der Wahl der Regierung Homerule Gesetz werden sollte, ob irgendwelche Arten ausgeschlossen würden. Barnes erwiderte, die Regierung werde die Bill einbringen und sie würde zurücktreten, wenn das Oberhaus sie nicht annahme. Hier machte Lord George eine zustimmende Bewegung. Barnes sagte weiter, Irland möge zu der Regierung und zu den organisierten Arbeiterschaft Englands Vertrauen haben; sie würden dafür sorgen, daß Irland sein Recht würde; und dann sollte Irland dem Heer die Unterstützung gewähren, die dessen Recht sei. Das Mannschaftsgesetz wurde in dritter Lesung mit 301 gegen 103 Stimmen angenommen. (W. T. B.)

Die Homerulefrage.

London, 16. April. (Mittern.) Die Lösung der Homerulefrage darf jetzt als wahrscheinlich betrachtet werden, und zwar auf der Grundlage, daß die Wehrpflicht in Irland nicht eingeführt wird, bevor Homerule Gesetz geworden ist, und daß die Regierung zurücktreten werde, wenn das Oberhaus die Homerulebill ablehnt. (W. T. B.)

Die Offensive im Westen.

Skizze zu unseren bisherigen Erfolgen in der Grossen Schlacht und in der Schlacht an der Lys.



Englischer Heeresbericht.

16. April, abends. Schwere Kämpfe fanden heute an der Front von Péronne bis Wytschaete statt. Heute beim Morgengrauen erneuerte der Feind seine Angriffe mit Wucht bei Wytschaete und Sparbœufmolen. Unterstützt von schwerer Beschleitung näherten sich seine Truppen unserm Stellung unter dem Schutz des Nebels und ergriffen nach langem Kämpfen Besitz von beiden Ortschaften. Im Meteren gelang es dem Feind ebenfalls im Laufe des Vormittags im Dorfe duh zu fassen, wo der Kampf andauerte. An den übrigen Teilen der genannten Front wurden die feindlichen Angriffe abgewehrt. Der Feind unternahm heute früh jenseit einen starken britischen Angriff auf unsre Stellungen gegenüber Bonnelles, südlich von Arras. Der Kampf dauert in diesem Gebiet noch an. Die feindliche Artillerie war heute näher südlich von Albert und im Gebiet des La Bassée-Kanals. Deutsche Infanterieabteilungen, die sich in der Umgebung von Locon sammelten, wurden von unsrer Artillerie unter Feuer genommen und zerstreut. Artillerie beiderseitig unter Feuer genommen und zerstreut. Gleichzeitig beiderseitig Artilleriebeschaffung im Abschnitt von Padghendaele. An der übrigen britischen Front ist die Lage unverändert.

Der französische Tagesbericht.

16. April, abends. Gestige beiderseitige Beschleitung in der Gegend von Montdidier. Keine Infanteriekämpfe. Im Prielerwald unternahm der Feind mehrere Angriffsversuche, die unsre Truppen nach schlechten Kämpfen abwehrten. Unsre Patrouillen machten Gefangene bei Regnerville und Badonviller. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

17. April, nachmittags. An der Somme- und Oise-front ziemlich starke Tätigkeit der Artillerie auf beiden Seiten und Streiwachschärfen. Die Franzosen machten mehrere handfeste gegen die deutschen Linien, besonders südwestlich der Butte du Moulle, in der Gegend von Laubre und nördlich Flers. Die Franzosen machten eine gewisse Anzahl Gefangene. Auf dem rechten Mausau feierte ein deutscher Angriffsversuch östlich von Samognoux. Die Nacht verlief auf der übrigen Front ruhig.

Die französische Presse zur Lage.

Bern, 16. April. Die Entwicklung der Schlacht von Armenien wird von der französischen Presse aufmerksam verfolgt, die dortigen deutschen Fortschritte werden sogar angezeigte. Petit Journal erklärt: Wenn die Deutschen die Höhen bei St. Omer und Cassel erreichen müssen die Engländer und Belgier die Stellungen an der Meuse räumen. Die deutsche Offensive könnte einen gesährlichen Umsang annehmen. Menard schreibt in der Humanité: Man darf sich nicht verkallen, daß die Kämpfe im Norden nicht als isolierte Aktion aufzufassen sind, sie passen vielmehr ausgezeichnet in den strategischen Rahmen der Operationen, die Hindenburg seit einem Monat anstrengt hat. Die Lage bei Armenien ist ebenso ernst wie die Lage war, als die Deutschen gegen Amiens und Montdidier vorstiegen. (W. T. B.)

Die Lage im Osten.

Die Kämpfe in Finnland.

Berlin, 17. April. Das finnische Hauptquartier meldet am 15. April: Das Schärenbataillon unter Führung des Grafen Ehrensvärd hat Abo besetzt und die dortigen russischen Truppen gefangen genommen. Die Roten räumen die Küstengegend zwischen Hangö und Nykäy und ziehen sich schnell nach dem Innern des Landes zurück. An der Lovaständischen Front fortgesetzte lebhafte Geschäftigkeit bei Tempäälä, Uusikaala, Kirchdorf, an dem westlichen Ufer des Päijanne, ist von unseren Truppen besetzt. In Savolaks und Karelien fortgesetzte Geschäftigkeit. (W. T. B.)

Zum Einrücken in Helsingfors

WTB 3477



Die ukrainische Konstituante.

Kiew, 14. April. Die Kleine Rada in Kiew hat die Einberufung der ukrainischen Konstituierenden Versammlung für den 12. Mai auf Grund der Dezember- und Januarwahlen mit Nachwahl in den Bezirken, in denen Wahlen noch nicht stattgefunden haben, beschlossen. (W. T. B.)

Vom Tage.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Der Postseit steht zur Debatte. Im Hause herrscht eine große Unruhe und Unzufriedenheit, so daß das Bemühen des nationaltheoretischen Abg. Meyer-Hersford, ruhiglich Bericht zu erstatten, an Demosthenes erinnert, der and Meer ging und dessen Rauschen durch seine Stimme Kraft zu überwinden suchte. Aber Meyer-Hersford ist kein Demosthenes, er ist vielmehr Pastor und seinerede nicht monoton wie eine Predigt voll Langweiliges Pathos dahin. Taugt wird sie lang und länger, ohne doch irgend etwas von Bedeutung zu bringen. Die Unruhe und Unzufriedenheit läßt sich selbst dann nicht dämpfen, als der neue Staatssekretär für das Post- und Telegraphenwesen zu sprechen beginnt. Er spricht sehr schnell und wenig deutlich, man wird geradezu dazu gedrängt, auf dem trocknen Blatt der Rede auf den ausgetrockneten Bürokraten zu schließen, und nur daß Herr Bildt weit jünger und kräftiger als sein Vorgänger erscheint, lange noch zu der leisen Hoffnung verleitet, daß es nicht bleiben wird im Postbereich, wie es unter Kräfte war. Diese Hoffnung wird gleichwohl von allen Rednern, die nun folgen, aufgesprochen. Tabet berichtet es sellsam (aber das war vielmehr zeitgemäß?), daß der Fortschrittkritiker Hubrich (derselbe Mann, der Karl Liebknecht das Manuskript entnahm), den weitaus Erfolgreicheren in Podbielski als bisher unerreichte Muster bezeichnete. In der Debatte hebt sich nach Ton und Inhalt die Rede Tambabedz (Dz.) zwar vor den Reden der konservativen Abgeordneten ab, auffallend ist aber, daß er der Beamtentheorie nicht anders wie ein Liberaler gegenübersteht. Seine Kritik erstreckt sich unter anderem auf die Behandlung eines Kriegsbeschädigten vom Postamt II in Leipzig, den man nicht, weil angeblich genügend Arbeitskräfte vorhanden seien. Am Donnerstag nachmittags 3 Uhr geht die Postidebatte weiter.

Der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes hielt am Sonntag in Berlin eine Tagung ab. Als Hauptredner war neben dem Grafen Neoponkow auch der liberale Abgeordnete Traub vorgesehen, hatte aber nicht erscheinen können. In der einstimmig angenommenen Entschließung werden die fehlher aufgestellten Kriegsziele aufs neue bestätigt. „Im Osten ist das wesentliche Kriegsziel erreicht“, so erläutert die Alldeutschen von dem Friedensbertrag, den die Abhängigen nicht abzulehnen warten. Heute soll nach obigem Beschlus im Westen grundsätzlich dasselbe erreicht werden. „Vor allem muß Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich fest in deutscher Hand bleiben“, ebenso wird bedingungslos eine hohe Kriegsendschädigung verlangt.

Die doch längst erledigte Reichstagresolution soll der Reichstag nach besonders feierlich abstimmen. Die Alldeutschen erklären nämlich: Von dem Pflichtbewußtsein des Deutschen Reichstages muß das deutsche Volk verlangen, daß er seine Entschließung vom 19. Juli 1917 preisgibt, und den geschichtlichen Ereignissen folgend, für das Kriegziel eintritt, das sich aus der militärischen Lage ergibt.“

Das Ganze steht ganz im Zeichen alldeutschen Siegesgefühls. Ihre politischen Befürworter sind überwunden oder abföhren, wie die Abhängigen, in der „Entschuldigung“ der politischen Weltlichkeit lehren Schluß.

Zwei Friedenskündigungen sind zu registrieren. In Birmingham hat Lord Lansdowne in einer öffentlichen Versammlung die militärische Lage oder Kriegsführung als reif für einen Verständigungskrieg bezeichnet. Nach dieser Versammlung ist es zu einer Friedenskündigung gekommen. Nach dem Basler Angebot soll der holländische Ministerpräsident von den Briten erläutert haben, die holländische Regierung habe vorbereitende Schritte unternommen, um einem möglichen Verlangen der beiden Parteien der Kriegsführenden noch Vermittlung eines neutralen Staates zur Herbeiführung des Friedens zu entsprechen.

Der Krieg zur See.

Der Minenkrieg.

Berlin, 17. April. Am 6. April ist der belgische Minenräumer Minstre de Mer de Noyen und am 8. April der belgische Minenräumer Glaudis in der freien Fahrtzone zwischen dem deutschen

zum englischen Sperrgebiet auf Minen gestoßen und gesunken. Es sind ferner in letzter Zeit auch mehrere holländische Fischerschiffe durch Minen verloren gegangen.

Seit Mittag der holländischen Zeitung "De Britisch News" vom 17. März morgens enthält die britische Zeitung "The British News" die offizielle englische Mitteilung, daß keine Minen in der freien Fahrtroute oder in deren Nähe und außerhalb der vor der englischen Marine bekanntgegebenen Gebiete gelegt seien.

So, wie hiermit ausdrücklich festgestellt wird, von deutscher Seite in der freien Fahrtroute keine Minen gelegt worden sind, kann es sich nur um feindliche Minen handeln. (W. T. B.)

Bericht.

Berlin, 17. April. (Komm.) Am Sperrgebiet um die Njoren wurden von einem unserer U-Boote in den letzten Wochen fünf Dampfer und zwei Segler versenkt. Hierzu waren bemühten der griechische Dampfer "Ethisa" (2240 B.-T.) und der französische Dampfer "Died" (1540 B.-T.); auf letzterem befanden sich 150 Soldaten und Geschütze; je eine 8- und 75-Zentimeter-Kanone wurden erbeutet. Die für unsre Feinde bestimmten Ladungen waren besonders wertvoll und bestanden aus Palmöl, Palmkerne, Erdnüssen, Baumwolle, Gummi, Wachs, Eisen und Glas. Das U-Boot brachte 27 Tonnen Gummi und 5 Tonnen Wachs für die deutsche Kriegswirtschaft in die Heimat mit.

Der Chef des Abwehrstabes der Marine. (W. T. B.)

Der Luftkrieg.

Zustand auf das deutsche Heimatgebiet im Monat März 1918.

Wolfsburg meldet: Der Gegner benutzte die im März besonders günstige Wetterlage zu 12 größeren Angriffen auf das lothringisch-luxemburgische Industriegebiet und 11 Angriffen gegen die Städte Mainz, Unterelsheim und Conflans, Koblenz, Aachen im Brüsseler, Auelbrücken, Mülhausen, Münheim-Ludwigshafen, Köln sowie einige Städte in der Pfalz und im Rheinland. Trotz des Einsatzes stärkerer Geschwader erzielten die Angreifer kein militärisches Erfolg. Bei den Angriffen auf das Industriegebiet an der Saar und an der Mosel fanden Betriebsstörungen von irgendwelchem Belang nicht statt; auch der in der Nacht vom 24./25. März mit einem Aufschub von 80-90 Minuten unternommene Angriff blieb völlig wirkungslos. Genauso ergebnislos war der Angriff auf die badische Asilin- und Sodafabrik bei Mannheim-Ludwigshafen am 18. März. Der einzige militärische Schaden, den die Angriffe anrichteten, war das Anbranzen einiger Wagen mit Benzol. An nichtmilitärischen Gebäuden wurde überall einiger Sachschaden angerichtet. Bei dem Angriff auf Freiburg am 12. März wurden außer mehreren Privathäusern die Martinikirche und ein Krankenhaus erheblich beschädigt. Den Angriffen auf das Saargebiet fielen 5 Tote, 4 Schwerverletzte zum Opfer. Die Verluste bei den Angriffen auf die oben genannten Städte waren, hauptsächlich infolge des unvorsichtigen Verhaltens eines Teils der Bevölkerung höher als in den Vormonaten; sie betrugen insgesamt 32 Tote, 22 Schwerverletzte und Leichtverwundete. Der Feind hält diese Angriffe mit einem Verlust von 8 Flugzeugen. (W. T. B.)

Deutsche Flieger bombardieren Le Havre.

Lugano, 18. April. Eine amtliche Pariser Meldung besagt: Deutsche Flieger bombardierten Le Havre. (Telunion.)

Der Balkankrieg.

Der bulgarische Tagesbericht.

Sofia, 18. April. Generalstabssbericht vom 15. April.
Mazedonische Front: An der Front vom Glumbi bis zum Butowsko-See gegen seitiges Artilleriefeuer, das nördlich von Bitola zuweilen heftiger war. Im Struma-Tal lebhaft Feuerfertigkeit und Erkundungsgeschäfte. Beim Wogenraum rückten mehrere englische Kompanien mit Maschinengewehren vor, vom Dorf Kopriva vor und gelangten bis an die von uns besetzten Dörfer Kunit, Barakel, Kupri und Proseant. Beladen entdeckt, wurden die feindlichen Kompanien unter das Feuer unserer Batterien genommen und gleichzeitig von unseren starken Erkundungstruppen angegriffen. Nach harter kämpfen Handgemenge wurden die englischen Kompanien vollständig zurückgetrieben und mit schweren Verlusten auseinandergetrieben. Unsre Abteilungen nahmen 150 Engländer gefangen, darunter einen Offizier, und erbeuteten drei Maschinengewehre und viel andres Kriegsmaterial. Zur selben Zeit griffen unsre Patrouillen in der Nähe der Dörfer Ica Tschitsch und Sal Mahle den numerisch stark überlegenen Feind an und nachten 17 Gruppen der griechischen Armee zu Gefangenem nebst 18 Pferden von einer Maschinengewehrbefestigung. Am Laufe dieser beiden Gefechte erlitt der Gegner empfindliche Verluste an Toten, welche die Zahl der Gefangenem übersteigt. In der Strumamündung Patrouillengeschäfte, in denen Verbauten Engländer gefangen wurden. (W. T. B.)

Kleine Auslandsnachrichten.

Rücktritt des ungarischen Kabinetts.

Budapest, 17. April. (meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Büros.) Heute vormittags fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Teleki ein Ministerrat statt, an dem mit Ausnahme des von Budapest abwesenden Landwirtschaftsministers Gaterenyi und des Ministers a latere Grafen Aladar Bloch sämtliche Mitglieder des Kabinetts teilnahmen. Der nur kurze Zeit dauernde Ministerrat beschloß den Rücktritt der Regierung, worauf die anwesenden Mitglieder des Kabinetts die Rücktrittsurkunde unterschrieben. (W. T. B.)

Eine Erklärung des Vatikans.

Rom, 17. April. Observatore Romano, der gegen gewisse Blätter polemisiert, sagt, daß weder eine unmittelbare noch mittelbare Anregung Einfluß auf die päpstliche Note vom August 1917 hatte. Wir können verschern, schreibt das Blatt, daß kein diesbezüglicher Brief an den Heiligen Stuhl gerichtet wurde. Dieses bestimmte und wiederholte Dementi richtet sich an dieselben, die glauben, daß im Dezember 1916 Kaiser Karl oder Kaiser Wilhelm dem Heiligen Stuhl Depeschen gesandt hätten, in denen Friedensbedingungen enthalten waren, die für die Entente, wenn nicht annehmbar, so doch wenigstens bislatabel gewesen sein sollen. Der Papst beprach seine Note mit seinem Diplomaten, auch wurde die Note mit niemandem vorher erörtert. Sie bildet die spontane, natürliche Erfüllung einer Pflicht, die der Heilige Stuhl infolge seiner Mission hatte, und die ihm auch geradezu schien durch eine sorgfältige unparteiische Prüfung der verschiedenen Kundgebungen für den Frieden, wie sie in den Erklärungen und Reden der Staatsmänner der verschiedenen Länder hervortraten. (W. T. B.)

Clemenceau legt das Aktenmaterial vor.

Paris, 17. April. (Agence Havas) Clemenceau sprach in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Auswärtiges und für Kriegs- und Marine über die Umstände, unter denen die Versuche Österreichs, eine Spaltung zwischen den Alliierten durch Friedensunterhandlungen herbeizuführen, sich abspielten. Clemenceau überreichte das gesamte Aktenmaterial über diese Angelegenheit dem Ausschuss für Auswärtiges, der es durcharbeiten und dann darüber Bericht erstatte wird.

Das Ende der Volo-Affäre. Volo ist heute morgen 6 Uhr in Vincennes erschossen worden. (W. T. B.)

Staatsaussicht über die neuseeländische Industrie. Wie ein Auktionator Blatt aus London erfährt, hat das Parlament in Neuseeland die Regierung ermächtigt, alle bedeutenderen Industrien unter Staatsaufsicht zu stellen.

Die englischen Truppen in Wadihishot. Der Nieuw-Nederlandse Courant erfährt aus London vom 18. April: Gestern fragte der Abgeordnete Lee Smith im Unterhaus den Staatssekretär, ob irgendwelche Sicherheiten gegeben werden könnten, daß die englischen und japanischen Truppen zurückgezogen werden würden, sobald die Ordnung in Wadihishot wieder hergestellt sei. Lord Robert Cecil antwortete in Vertretung des Staatssekretärs verwundend. Man hoffe jedoch, daß der Anteil bald erledigt sein werde. Lee Smith fragte daran hin, ob Lord Robert Cecil die Versicherung geben könne, daß die Truppen, sobald die Ordnung wieder hergestellt sei, zurückgezogen werden. Cecil antwortete, es sei lächerlich, eine solche Frage zu stellen. Lee Smith rätselte nun die Frage an Cecil, ob er diese Versicherung tatsächlich den englischen Truppen geben könne. Darauf wurde im Hause gesagt: „Nein, Nein!“ Cecil gab keine weitere Antwort. (W. T. B.)

Brasilianische Maßnahmen gegen Deutsche. Times meldet aus Rio de Janeiro: Auslöse verschiedener Vorfälle, die auf deutsche Unruhen zurückgeführt werden, hat die brasilianische Regierung ihre Vorsichtsmaßregeln verschärft. Es wurden strenge Maßregeln getroffen, alle Deutschen, auch naturalisierte, vom Dienst beim Brasilianischen Flug und in der brasilianischen Armee oder Flotte auszuschließen. Waren, die auf brasilianischen oder ausländischen Schiffen ankommen und an Deutsche konfisziert sind, werden bei ihrer Ankunft durch die Zollbehörde beschlagnahmt. (W. T. B.)

Eine Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten. Die Correspontenz Austria meldet: Die Abgeordneten Prälat Hauser und Professor Waldner erschienen mittags beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, um namens ihrer Parteien auf die tiefgehende Erregung aufmerksam zu machen, welche die Vorgänge der letzten Tage in den deutschen Kreisen hervorgerufen hätten. Der Ministerpräsident erwiderte, ihm sei diese Erregung bekannt. Er bedauerte sie lebhaft, er möchte jedoch darauf hinweisen, daß der politische Kurs nach außen wie nach innen vom Reich auf dem Posten des Ministers des Neuen vollständig unverhüllt bleibe. Hierbei nahm der Ministerpräsident Gelegenheit, scharf zu betonen, daß nach den ihm bekannten unveränderbaren Anstrengungen der Krone diejenigen, die ihr Volk von der Entente erwarteten, stets als Staatsfeinde betrachtet und behandelt werden würden. (W. T. B.)

Die Kaiserbriefaffäre. Aus Paris wird gemeldet: Einer Kommission, die sich mit der Angelegenheit des Kaiserbriefs beschäftigt, ist von der Regierung das Dossier vorgelegt worden. Es enthält Titte, die sich auf die Schritte des Prinzen Sigismund vor dem 31. März 1917 beziehen; also vor dem Tag, an dem der Brief des Kaisers Karl dem Präsidenten Polancic übermittelt wurde. Prinz Sigismund hält das Original und legt Polancic eine Kopie, die sich im Archiv des Ministeriums des Neuen befindet. Nebenamtstümme erklärt der Ministerrat, daß der Brief keine Grundlage zur Einsetzung von Verprüfungen werden könnte. Die Angelegenheit fand ihren Abschluß in einem zweiten Brief Kaiser Karls, den Prinz Sigismund einige Wochen später zur Kenntnis brachte. (Telunion.)

Vor erregten Debatten in der italienischen Kammer. Einer französischen Meldung zufolge, brachte der W. C. Ciani in der Kammer eine Interpellation ein, die eine klare Darstellung des Verhaltens der italienischen Regierung gegenüber den 1917 und 1918 erfolgten Friedensangeboten verlangt. Ferner wünscht er Klarstellung über die Verhandlungen, die zwischen den Alliierten und den Mittelmächten geführt wurden. Dieselbe Anfrage stellt der Senator Gozin im Senat. Man erwartet erregte Debatten. (Telunion.)

Zur Lage in Portugal. Temps berichtet aus Lissabon: Die Polizei hat in Oporto in einem Hause ein großes Lager von Granaten, Patronen und Gewehren entdeckt. 30 Offiziere und Unteroffiziere der Garnison von Oporto wurden unter der Anklage verhaftet, eine Verschwörung gegen die Regierung angezeigt zu haben. In Portugal steht ein Eisenbahneraustand bevor. Die Beratung des Verkehrsministers mit dem Streikausschuß zur Erzielung einer Einigung ist ergebnislos verlaufen. (W. T. B.)

Der deutsche Tagesbericht.

Grohes Hauptquartier, 18. April. Amtlich. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind überließ uns gestern große Teile des von ihm in monatelanger Aktion mit ungeheurem Opfer eroberten französischen Bodens. Die Armee des Generals Gérard v. Artois nahm, dem schreitweise weichenden Feinde nachdrängend, Poelkapelle, Langemark und Bonnebeke und war den Feind bis hinter den Steubach zurück. Südlich vom Blankensee hemmte ein feindlicher Gegenstoß unter Voermanztringen.

Nördlich von der A 13 gewannen wir unter starkem Feuerdruck Boden und kürbten einige Maschinengewehrfesten. Die Kämpfe der leichten Truppe brachten mehr als 2500 Gefangene, einige Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre ein.

An der Schloßfront zu beiden Seiten der Somme nahm der zeitweilig austretende Feuerkampf bei Moreuil und Montdidier größere Stärke an.

Auf dem Ostufer der Maas hatten kleinere Unternehmungen bei Dennewitz und Malitz unfälle wollen Erfolg und brachten Gefangene ein. Außerdem von Alten (südlichen Maas und Moes) schickte ein hoher französischer Vorstoß unter blutigen Verlusten.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Reichstag.

147. Sitzung, Mittwoch, 17. April, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesstaatlich: Alblin.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Postkassen.

Der Ausschuss beantragt neben der unveränderten Annahme des Gesetzes eine Ergänzung des Besoldungsgesetzes, die eine Reihe von Gehaltsaufbesserungen bringt und das Besoldungsdienstalter der Post und Telegraphenpoststellen und Hilfsreferenten bei den Überpostdirektionen um drei Jahre erhöht.

Staatssekretär Alblin leitet den Etat als den ersten seiner Amtsführung mit einer kurzen Übersicht der Ausgaben ein. Die ausreichende Gestaltung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse wird stets Gegenstand der besonderen Fürsorge der Verwaltung sein.

Abg. Norden (Benz): Gestalt wird viel über die Verbrauch und den Verlust von Paketen. Die eingetretenen Bestrafungen belegen, daß an diesem Zustand nicht die Beamten, sondern das Postpersonal beteiligt ist. Der von der Post für gerechte und verlorene Pakete geleistete Erfolg ist in der heutigen Kriegszeit zu gering und bedarf dringend der Erhöhung.

Staatssekretär Alblin: Ein großer Teil der sogenannten Postblechstäbe fällt der Post gar nicht zur Last. Viele Pakete werden schon geköhlt auf dem Wege von der Wohnung zur Post; unglaublich gestohlen wird auch auf der Eisenbahn. Natürlich will ich die Postblechstäbe keinesfalls entschuldigen. Daß der Entschädigungsbetrag bei den heutigen Preisen nicht ausreicht, um den tatsächlich entstehen Schaden zu ersetzen, gebe ich zu. Dem Heute nach wären wir im Kriege überhaupt verloren, jeder Schadenstag abzulehnen.

Abg. Taubadel (Meg. Soz.): Es ist im Postbetrieb viel zu verschwendet. Man betrachtet den Postbetrieb heute leider als ergiebige Steuerquelle. Die Zahl der Postblechstäbe hat sich in letzter Zeit wieder gesteigert, ein Zeichen der immer weiter sinkenden Moral. Die von der Post gewährte Entschädigung ist lediglich unzureichend. Die betreffende Bestimmung stammt aus den 50 Jahren. Trotz der Verschärfung der Entschädigung wurden im vergangenen Jahr über 3 Millionen Mark Entschädigungen ausgeschüttet, das beweist, um welch ungeheure Summen das Publikum in der Tat durch die Blechstäbe geschädigt wird. Unverständlich ist es, wie man es als Missbrauch der Postfreiheit für Feldpoststellen gen bezeichnet und die Betreffenden gar bestrafen kann, wenn auf Feldpoststellen von Bekannten des Abenders Schätzlinge gezeigt werden? In einem solchen Falle würde ein Feldgau und seine Braut ja je 3 M. wegen Postohinterziehung bestraft. (Hört, hört!) Dagegen wurde ein Major, der Privatposte portofrei verlande, nur höflich aufgefordert, das Porto nochzuzahlen. (Hört, hört!) – Dringend notwendig ist eine großzügige Besoldungsreform. Eine Einschränkung des Beamtenapparats kann erfolgen durch bessere Arbeitsmittel und vermehrte Einführung von technischen Neuerungen.

Abg. Hubrich (Wp.): Die Lebensmittelabschüsse der Post sind leider viel zu spät eingestellt worden. Wenn der bisherigen Herausforderung folgen sollte, so würde dieser neue Geist in der Postverwaltung lediglich bestrebt sein, die Beamtenkraft hervorzuheben. (Sehr richtig! ruft.) Außerdem bringt die weitere Arbeit der Beamten einzelner Beamtenkategorien vor. Das Haus verlädt sich auf Donnerstag, 9 Uhr: Postamt, Gleisbahnen. Schluß 7½ Uhr.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

46. Sitzung, Mittwoch, 17. April, mittags 12 Uhr.

Zur Verhandlung steht zunächst Kap. 57 des Staatshaushaltsgesetzes:

Landarmen- und Fürsorgeerziehungswesen.

(Ausgaben 2.800.000 M.)

Abg. Heldt (sab. Soz.): Meine politischen Gründe haben sich schon wiederholt gegen den Polizeigesetz gewandt, der dem Fürsorgegesetz anhängt und der noch mehr bei der Auslegung des Gesetzes zum Ausdruck kommt.

Abg. Kleinempel (Rat.): bestreitet, daß das Fürsorgegesetz ein Polizeigesetz ist; es sei ein vorbereitendes Gesetz, mit dem in erster Linie nicht die Polizei, sondern die Vormundschaftsgerichte zu tun haben.

Ministerialdirektor Dr. Koch: Daß dem Fürsorgegesetz ein Polizeigesetz anhängt, müsse auch er befürchten, doch hoffe er, daß das neue Gesetz über die Wohlfahrtspolizeipflege dem Fürsorgegesetz sehr viel Boden entziehen werde.

Abg. Lange (sab. Soz.): zweifelt nicht am guten Willen des Gesetzesgebers bei Erlass des Fürsorgegesetzes, es bringt aber eine bestimmte Schablone und müßt sie bringen. Dem Jüngling hätte die Fürsorgeziehung sein ganzes Leben lang an, ganz gleichmäßig, ob sie als Wohltat oder als Strafe gehabt ist. Will ein Jüngling vor vollendetem 21. Lebensjahr sich eine Verschärfung oder eine Lassung suchen, so bekommt er es amlich abgestempelt, daß er Fürsorgeerziehung genossen hat. Er hat also dann einen Gedächtnis lebens bei sich. Das sei doch ein guter Polizeigesetz.

Darauf wird das Kapitel genehmigt.

Für Vermehrung der Güterwagen sind im außerordentlichen Haushaltspolane 24.886.000 M. eingesetzt.

Abg. Dr. Methammer (Rat.): weist auf den großen Wagenmangel hin und sagt, in Österreich sollen sich angeblich 10.000 Güterwagen befinden, deren schlechte Verarbeitung die Regierung sich angelegen sein lassen sollte.

Finanzminister v. Tendelitz: Es werde darauf gerechnet, daß die Wagen in Österreich nicht übermäßig lange zurückgehalten werden.

Abg. Gaston (sab. Soz.): Da bei der Staatsbahn alles heruntergewirtschaftet ist, verdiene die Beschaffung der notwendigen Reparatur-Einrichtungen bei den staatlichen Werkstätten, die größte Aufmerksamkeit. Trotz der Erhöhung der Altbefohlsfeste können die Arbeiter bei der veränderten Betriebsweise nicht auf ihre Rechnung.

Finanzminister v. Tendelitz erwähnt, daß die Regierung sich fortgesetzt bemühe, Erweiterungen und Verbesserungen durchzuführen.

Die Kammer bewilligt die Mittel, worauf noch der C. Nachtrag zum Staatshaushaltspolane 1916/17 in die allgemeine Vorberatung genommen wird.

Nach kurzer unerheblicher Debatte wird der Nachtrag zur Spezialberatung an die beiden Finanzzirkulationen verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, nachm. 5 Uhr.

Aus der Partei.

Die Stellung der U. G. P. zur Gewerkschaftsbewegung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Marmelade unter städtischer Aussicht.

Auf die Marken 24 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe B 2 wird 1 Pfund Weichmarmelade zu 92 Pf. für das Pfund zugestellt.

Verbraucher: Abgabe der Marken beim Kleinhändler bis Sonnabend, den 20. April.

III.

Kleinhändler: Entnahme der Bezugskarten in der Bezugsscheinstelle nach der bekannten Ordnung Montag, den 22. April.

IV.

Ausgabe der Marmelade vom Lager der Lebensmittel-Versorgungs-Gesellschaft Leipzig m. b. H., hier, Roscherstraße 11/13, nach den Anfangsbuchstaben der Namen der Kleinhändler in folgender Ordnung:

Dienstag, den 23. April

vormittags 1/8-12 Uhr Buchstaben K, C, Q
nachmittags 1/3-6 Uhr Buchstaben I, St, U, V

Mittwoch, den 24. April

vormittags 1/8-12 Uhr Buchstaben A, B
nachmittags 1/3-6 Uhr Buchstaben D, E, F

Donnerstag, den 25. April

vormittags 1/8-12 Uhr Buchstaben M
nachmittags 1/3-6 Uhr Buchstaben N, Sch, J

Freitag, den 26. April

vormittags 1/8-12 Uhr Buchstaben W, Z
nachmittags 1/3-6 Uhr Buchstaben P, R, S

aufher Sch und St

Sonnabend, den 27. April

vormittags 1/8-12 Uhr Buchstaben H
nachmittags 1/3-6 Uhr Buchstaben G, T, O

Die Abholungstage sind genau eingehalten. Außer der Reihe kommende Kleinhändler werden nicht abgesetzt.

Die Mitglieder des Warenkaufvereins Leipziger Kaufleute und des Einkaufsvereins Leipziger Probutenhändler haben die Marmelade vom Lager ihres Vereins zu entnehmen.

V.

Die Verbraucher haben die Marmelade bis spätestens 2. Mai abzuholen.

VI.

Die Ordnung der Verteilung vom Kommunalverbande der Stadt Leipzig angegebener Lebensmittel, die feiner besondere Verbrauchsregelung unterliegen, vom 3. Februar 1918, findet allenfalls Anwendung.

Leipzig, am 18. April 1918.
Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Margarineverteilung.

Auf die Marken 20 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe B 2 und die Lebensmittelmarke rote 4 der Lebensmittelkarte S 2/3, Reihe 24,2 werden je 80 Gramm Margarine zu 92 Pf. zugestellt.

II.

Verbraucher: Markenabgabe beim Margarinellehändler bis Sonnabend, den 20. April.

III.

Margarinellehändler: Bezugskartenentnahme in der Bezugsscheinstelle nach der bekannten Ordnung Montag, den 22. April. Sofort nach Empfang sind in der Ausgabezeit die erforderlichen Gesetze für die Entnahme der Margarine abzuliefern.

IV.

Die Verbraucher haben die Margarine bis 20. April abzuholen.

V.

Die Inhaber der Margarineausgabekarten haben die von den Margarinekleinhändlern bei ihnen abgegebenen Margarinebezugskarten mittels vorgeschriebenen Lieferfchein der Bezugsscheinstelle Freitag, den 20. April, in der Zeit von 8-12 Uhr abzuliefern.

VI.

Die Bestimmungen der Bekanntmachung über die Margarineverteilung vom 20. Februar 1918 finden Anwendung.

Leipzig, am 18. April 1918.
Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen Deutschlands

Filiale Leipzig.

Sonnabend, den 20. April 1918, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Zimmer Nr. 1.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1918. 2. Gewerkschaftliches.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist zu erscheinen.

Der Vorstand.

Ronsumverein Gaußsch u. Umgeg.

E. G. m. b. H.

Sonnabend, den 27. April 1918, abends 8 Uhr

Außerordentliche Generalversammlung im Alten Gasthof zu Gaußsch.

Tagesordnung:

1. Statutenänderung: Antrag der Verwaltung zu § 2, Änderung des § 6 Absatz E sowie des § 8.
 2. Wahl eines Geschäftsführers.
 3. Anträge der Mitglieder nach § 85 des Statuts.
- Frauen, die im Besitz einer Vollmacht sind, haben Stimmberecht.

Ohne Marke keine Zutritt.

Der Aussichtsrat.

R. Schmidt. P. Albrecht.

Taschenbuch für Elektromonture

277 Seiten mit 193 Abbildungen. Inhalt: Vorschriften des B.-D.-G. für Starkstromanlagen u. a. Vorläufe, Richtlinien für die tägl. Praxis, Abhandl. über Säulen, Transformatoren, Wechselinstrumente usw. — Anhang: Neuer Kinematographen.

Leinen gebund. Preis 4.80, gegen Nachnahme 30 Pf. mehr. Hermann Schran & Co., Berlin W 57, Steinmetzstr. 25.

Sozialdemokr. Verein 12 für den sächsischen Reichstagswahlkreis d. U.S.P.D.

Bureau: Reiter Str. 22, Hof 1. Beitrag 1. männl. Mitgli. 10,- jährlich, 1. mehl. 20,- monatl. Bibliothek: Volkshaus. Vorles. 1. Hof 1, 1000 Bde., med. abo. 7-9,- Uhr, Sonntags 11-12 Uhr. Für die Jugend Mittwoch nachm. 8-9 Uhr.

Der Vorstand.

Die Hauptversammlung findet am 30. April abends im Volkshaus statt. Genaue Tagesordnung wird später bekanntgegeben. — Etwa zu fressende Anträge sind rechtzeitig beim Vorstand einzureichen.

Der Vorstand.

Beim Verkehr im Bureau des Vereins wolle man auf genaue Adresse achten: Zimmer Nr. 13, Saalbau 1 Treppe links.

Ortsverein Leipzig-Ost

u. S. P. D.

Freitag, den 19. April, abends 1/9 Uhr

General-Versammlung

in der Silberpappel, Kirchstraße.

Tagesordnung:

1. Vortrag über Partei und Gewerkschaften.
- Referent: Genosse Hermann Liebmann.
2. Berichte des Vorsitzenden, des Kassierers und der Kommissionen.
3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Der Vorstand.

J. A. Hermann Seidel, Vorsitzender.

Ortsverein Leipzig-Gohlis

Sonnabend, den 20. April 1918

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren.
2. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.
3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter

Freitag, den 19. April, abends 8 Uhr

Versammlung

im Volkshaus, Zeitzer Straße 32 (Café links).

Tagesordnung: 1. Bericht von den Verhandlungen der Hauptvorsstände und der Unparteiischen und deren Ergebnis über Gewährung einer weiteren Teuerungszulage und Lieferung der Nähzufallen in Natura von den Arbeitgebern. Referent: Kollege W. Ploog. 2. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten, daß die Versammlung bei diesem wichtigen Bericht vollzählig und pünktlich besucht wird.

Die Ortsverwaltung.

Ortsverein Leipzig-Connewitz

Sonnabend, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr

General-Versammlung

im Gambrinus, Biedermannstraße.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Bruchardt über Die politische Situation.
2. Bericht des Vorstandes. 3. Neuwahlen. 4. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch erwartet

Der Vorstand.

Ortsverein Kleinzschocher

Freitag, den 19. April, abends 1/9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in der Terrasse.

Tagesordnung: 1. Partei-Angesogenheiten. 2. Stellungnahme zur General-Versammlung des Kreisvereins.

Zahlreicher Besuch ist nötig.

Der Vorstand.

Futterrüben à Ztr. 4.50 Mk.

Städtischer Grossmarkt, Tel. 3568.

Nene Geschichten aus dem Tierleben

von Arno Marx, gebunden 1.00 Mr., empfiehlt

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Leipzig, Lauchaer Straße 10/21.

Arbeitsmarkt

Selbständige

Elektromonture

für Licht- und Kraftanlagen

stellen sofort ein

Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H.

Technisches Bureau Leipzig

Leipzig, Schützenstraße 4.

Werkzeugschlosser

in dauernde Stellung sofort gesucht, der selbständige Werkzeuge reparieren und neue Werkzeuge — speziell Schnitte und Stanzen — herstellen kann.

Deutsche Patent-Grudeofen-Fabrik

Walter Rieschel & Co. m. b. H., Liebertwolkwitz.

Zimmerer

für auswärtige Baustelle gesucht

Zementbau Rud. Wolle

Leipzig, Gottschedstraße 17.

Geübte Packer od. Packerinnen

für Postpäckle sofort gesucht.

Fritz Schulz Jun. A.-G.

Leipzig-Rennweg, Limburgerstraße 80.

Wir suchen zum sofortigen Amt

einige flotte

Zusammenrägerinnen

Fertigmacher

Fertigmacherinnen

und

Bücher-Nachseher

in dauernde Stellung.

Leipziger Buchbinderei-Aktiengesellschaft

vorm. Gust. Fritzsche.

Eine in Gartenarbeit bewanderte

Frau und Arbeiterinnen

für Haushaltswirtschaften stellt ein

Wilhelm Jeute

Leipzig-Eindörf, Angerstraße 44.

Familien-Nachrichten

Unsere Hoffnung auf ein Wiedersehen ist vernichtet.

Blödig und unerwartet erschien wir die tiefe traurige Nachricht, daß unser herzensguter, braver Sohn, unser unvergänglicher Bruder, Neffe, Cousin und Bräutigam, der Gefreite

Willy Rößler

Jug. des El. Kreises II. Kl. und der Fr. Aug.-Med. bei den schweren Kämpfen infolge Vermündung durch Bruchschuh am 8. April in einem Feldzugat sein junges, hoffnungsvolles Leben lassen mußte.

Holzhausen, im April 1918</p

165 Prozent Einkommensteuer.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde auf Antrag des Finanz- und Betriebsausschusses der Steuersatz für das Jahr 1918 auf 165 Prozent festgelegt. Der Rat hatte beschlossen, 175 Prozent zu erheben. Der Auschusshandtag wurde eingehend vom Berichterstatter Vizevorsteher Heinze begründet. Stadtr. Meiner von der ersten Abteilung machte dem Rat sogar eine Rechnung auf, nach der nur 140 Prozent des Normalsteuersatzes notwendig seien. Da sich, wie der Vizevorsteher Heinze sagte, dieses Jahr alle Berechnungen — auch die des Rates — über die Höhe des Steuersatzes mit den Schätzungen stützen, so läßt sich die Berechnung des Stadtverordneten Meiner nicht genau nachprüfen. Ammerhän bleibt erwähnenswert, daß bei der vorjährigen Festsetzung des Haushaltplanes der Stadtverordnete Meiner berechnet hatte, es sei mit 151 Prozent des Steuersatzes auszukommen, was sich durch die praktische Erfahrung auch als richtig herausgestellt hat. Der Medner der Unabhängigen Sozialdemokratie, Stadtr. Genosse Scheib, trat für die Erhebung von 165 Prozent des Normalsteuersatzes ein, wobei er nachdrücklich hervorholte, daß die Stadtverordneten keinen Aulah hätten, Steuern auf Vorrat zu bewilligen. Bei 165 Prozent brauchten aber auch sozialpolitische und kulturelle Aufgaben der Stadt nicht zu kurz zu kommen.

Eine getadeu lächerliche Haltung nahmen die Regierungssozialisten bei der Festsetzung des Steuersatzes ein. Sie ließen durch ihren Hauptling Pollender erklären, sie würden für den Antrag der Ausschüsse stimmen, „weil bei der herrschenden Stimmung des Kollegiums ein weitergehender Antrag aussichtslos ist.“ Aber besonders zweckmäßig ist der Antrag der Ausschüsse nicht, es wäre wirtschaftlicher und verlässlicher, wenn wir dem Ratsantrage mehr entgegenkämen“.

Offenbar haben die Regierungssozialisten noch genug von dr Steuerfestsetzung von vorigen Jahr, wo sie bekanntlich als getreue Ratsanhänger allein für die Erhebung von 160 Prozent Steuern gestimmt haben. Herr Pollender griff damals die Unabhängige Sozialdemokratie heftig an, weil sie für 151 Prozent gestimmt hatten, und auch in der gestrigen Sitzung unternahm er es noch einmal, die vorjährige Abstimmung der getreuen Ratsanhänger zu verteidigen. Dabei leistete sich P. wieder die Behauptung, es hätte nur im Interesse der Arbeiter gelegen, wenn im Jahre 1917 ein höherer Steuersatz erhoben worden wäre. Jedemal ist Herr P. von seinen Freunden klar gemacht worden, daß mit solcher Politik den Arbeitern nicht gebient ist, denn sonst wäre ja nicht zu verstehen, warum die leichten Ratsanhänger diesmal für den niedrigen Steuersatz stimmten, trotzdem ihr Hauptling erklärt hatte, es sei „wirtschaftlicher und vernünftiger“, einen höheren Satz zu bewilligen. Nach dieser Erklärung haben also die Regierungssozialisten in der gestrigen Sitzung gegen ihre Überzeugung gestimmt. Pollenders Erklärung klug denn auch wie eine Entschuldigung an den Rat, daß es bei der herrschenden Stimmung ja doch keinen Zweck habe, für die Haushaltssatzung zu stimmen. Die Haltung der Regierungssozialisten zeigt, wohin es führt, wenn sogenannte Arbeitnehmervertreter es mit dem Rat nicht verderben und gleichzeitig die Interessen der Arbeiter nicht allzu schroff verleben wollen.

Zur Festsetzung des Steuersatzes

wies der Berichterstatter Vizevorsteher Heinze darauf hin, daß diese Festsetzung in diesem Jahre unter besonders schwierigen Verhältnissen erfolgen müsse, da der Haushaltplan noch nicht verabschiedet sei, und der Steuerbedarf noch nicht feststehe. Von einer Anzahl Positionen des Haushaltplanes könnten wesentliche Änderungen gewacht werden. Auch der Beitrag der Steuer steht noch nicht fest. Auf diesen Gründen sei die Festsetzung des Steuersatzes ein Sprung ins Dunkle. Da der Rat sich nur auf Schätzungen stütze, so müsse er sich auch gefallen lassen, daß die Stadtverordneten ebenfalls schätzen. Der Rat rechnet mit einer Steigerung des Steuersatzes um 5 Prozent, aber in diesem Jahre die Kriegsgewinne in voller Höhe zur Besteuerung kommen, und weil auch die höheren Arbeiter- und Angestelltenlöhne verstärkt würden, so müsse mit einer Steigerung des Steuervertrages um 10 Prozent gerechnet werden. Demnach würde Proz. der Steuer 200 000 M. ergeben, so daß der ganze Bedarf mit 165 Prozent gedeckt werden kann. Es würde auch dann noch am Jahresende ein wesentlicher Überschuss vorhanden sein, der auf 600 000 bis 700 000 M. geschätzt werden könnte. Außerdem würden eine Anzahl Steuern weit höhere Beträge bringen als der Rat eingeschätzt hat, so die Vermögensabgabe, die Wertzuwachssteuer, die Grundsteuer, die Miet- und Pachtwertssteuer. Daraus würden sich beträchtliche Reserven für den Rat ergeben. Der Rat könnte, auch die Rätsen für die Kriegsaufgaben aus Auseile bedenken. Bürgermeister Roth habe bei den Ausschusseratungen erklärt, es bestehe keine Aussicht, daß das Reich die Rätsen für die Kriegsaufgaben den Gemeinden zurückstelle. Das sei ein Grund mehr, die Rätsen aus Auseile zu nehmen, damit diese Ausgaben auf längere Zeit verteilt würden. Auch die Mandelsbergsche Räte hätten 200 000 Mark mehr gebracht, als der Rat eingeschätzt habe. Die ganze Berechnung zeigt, daß mit 165 Prozent gut auszukommen sei. Es kommt nicht darauf an, die großen Steuerzahler zu schützen, diese schützen sich schon selbst. Aber im Interesse des Mittelstandes dürfen nicht mehr Steuern bewilligt werden als unbedingt notwendig ist. Es sollten keine Kulturaufgaben vernachlässigt werden, aber man sollte auch keine Steuern auf Vorrat bewilligen.

In der Aussprache

erklärte Stadtr. Meiner (1. Abteilung), er habe in den Ausschusseratungen für 160 Prozent gestimmt. Er wolle aber im Kollegium für 165 Prozent eintreten. Es könnten im Haushaltplan eine Menge Abstriche gemacht werden. Mit diesen Abstrichen und der Übernahme der Rätsen aus Kriegsausgaben würde sich der gesamte Bedarf an Steuern auf 28 Millionen Mark verringern. Wenn ein Prozent des Steuersatzes 200 000 M. ergibt, so seien zur Deckung der 28 Millionen nur 140 Prozent des Normalsteuersatzes notwendig. Bei 165 Prozent seien am Jahresende noch 5 Millionen Überschuss vorhanden. Am Ende des Jahres würde die Stadt 310 bis 320 Millionen Mark Schulden haben. Aber das Vermögen der Stadt sei ungefähr gleich groß. Dabei sehe der Wert einer Anzahl Mittergärtner auf den Quadratmeter nur mit einigen Pfennigen zu Buche. Dresden erhebe nur 150 Prozent und auch Berlin stehe noch unter 165.

Die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie

wurde durch den Stadtr. Genosse Scheib vertreten.

Er wies darauf hin, daß es schwer sei, den Steuersatz richtig zu bestimmen, weil die kaum begonnene Beratung des Haushaltplanes noch keine Unterlagen dafür gebe, welche Steuerbedürfnisse die Stadt habe. Der Ansicht des Stadtr. Meiner könne er sich nicht in allem anschließen. Beim Konto Straßenbau handle es sich nicht um übermäßig hohe Forderungen. Es sei unmöglich, noch weitere Streichungen vorzunehmen. Ebensoviel können wir der Ansicht beitreten, die aufzubringenden Rätsen für Kriegsausgaben immer wieder aus neuen Auseilen zu decken. Das ist eine durchaus ungünstige Finanzwirtschaft. Trotz der Verpflichtung des Reiches, den Gemeinden die Auswendungen für Kriegsunterstützungswerte zu übertragen, halten wie dies für ausgeschlossen. Nach Lage der Sache haben wir in der Fraktion beschlossen, für den Steuerfall von 165 Prozent zu stimmen, selbst auf die Gefahr hin, daß uns von gewissen Seiten auch diesmal wieder vorgeworfen wird, wir verweigerten durch unseren Beschluss, der Stadt die Mittel zu wichtigen Kultur-

aufgaben. Eine derartige Entschuldigung ist nichts weiter als ein demagogischer Kniff. Daß von einer Verweigerung der Mittel für sozialpolitische Aufgaben durch uns nicht die Rede sein kann, beweist schon die Tatsache, daß im vorigen Jahre 5 Millionen Mark Nebenschulden vorhanden waren. Niemand kann behaupten, daß jemals Auswendungen für Kultur- und ähnliche Zwecke unserer Zustimmung nicht erhalten hätten. Im Gegenteil muß betont werden, daß solche Forderungen jederzeit von uns anstandslos bewilligt worden sind. Diesem Grundsatz werden wir auch für die Zukunft treu bleiben, selbst wenn es sich um höhere Forderungen handeln würde. Allerdings soll nicht bestritten werden, daß im Laufe eines Jahres unvorhergesehene Forderungen an uns herantreten können.

Als unvorhergesehene Ausgaben kommt jedoch das Budgetrecht der Stadtverordneten in Frage, das und die Möglichkeit gibt, derartige Verträge auf mehrere Jahre zu verteilen. Dieses Budgetrecht zu beschränken, liegt fiktiv und falsch daran vor. Nach der von Herrn Meiner im Ausschuss vertretenen Ansicht würde schon ein Steuersatz von 140 Prozent genügen, um die Bedürfnisse zu decken. Wir sind überzeugt, daß dem Rat bei einem Satz von 165 Prozent noch genügend Mittel zur Verfügung stehen werden, um allen Anforderungen gerecht zu tun können. Auch für das laufende Jahr dürften die Steuererträge viel zu niedrig eingestuft sein. Erhebliche Abweichungen für dieses Jahr sind vorhanden bei den Rüstungsarbeiten, bei den Beamten infolge der Trennungszulage, ferner bei den bestehenden Klassen infolge der Kriegsgewinne, und nicht zuletzt beim Handel durch die enormen Umlöfe — Summen, von denen die Steuerausschüsse gar keine Ahnung hatte! Auch liegt kein Grund vor zu der Annahme, daß die Erträge aus der Grundsteuer sich verminderen werden. Ebenso direkt bei den Vermögensabgaben auf höhere Einnahmen zu rechnen sein. Auch die von uns grundsätzlich befämpfte Wirtschaft wird höher steigen, da die Haushaltssatzung mit der Steigerung der Wohnungsmieten nicht einmal das Ende des Krieges abwarten. Sieht man alle diese Verhältnisse in Betracht, und berücksichtigt man die Streichung von Ausgaben im Haushaltplan für Zwecke, die mit den Aufgaben der Gemeinden nichts zu tun haben, dann dürfte ein Steuersatz von 165 Prozent nicht allein reichend sein, sondern es werden sich durch ihn sogar noch neue erzielbare Losen zur Erfüllung sozialer und kultureller Ziele, die sich etwa im Laufe des Etatjahrs auftun, machen. Über das notwendige Maß hinzu zu gehen und die minderbeamtete Bevölkerung, die in dieser schweren Zeit noch besonders zu belasten, dazu haben wir durchaus keine Veranlassung.

Bürgermeister Roth verließ die Ratssitzung sehr matt. Er erklärte, die Stadt habe nicht freie Verfügung über die Kriegsausleihen, die Reichsregierung habe sich geneigt, auch nur die Rätsen für die Ausleihen zu übertragen, die Stadt zur Kriegsunterstützung ihrer Rätsen ausgeschlagen habe. Alle Rätsenabstimmung ist vom Reich abgelehnt worden. Die Haushaltssatzung der Stadt sei gut, der Rat wolle sie aber nicht verschlechtern durch die große Ausleihewirtschaft. Der Bedarf der Stadt wird in Zukunft sehr groß sein, weil wichtige Ausgaben, zum Beispiel Strafentwegen usw., aufgeschoben und weil bei den technischen Werken nicht die notwendigen Abschreibungen gemacht werden sollen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß auch am Schluss des Jahres eine möglichst große Rätsesatzung vorhanden ist. Deshalb bitte er, wenn es den Stadtverordneten auch schwer fallen sollte, dem Beschluss des Rates beizutreten.

Stadtr. Möllig (Mittelst.) regte an, den Festbesoldeten und Beamten die Teuerungszulagen nicht zur Gemeindeeinkommensteuer anzurechnen. Er bestritt dann, daß die Haushaltssatzung die Rätsen gesteckt hätten und beantwortete, die Wohnungsmieten hätten vielmehr nicht erheblich gesunken, mit den Ausgaben der Haushaltssatzung.

Vizevorsteher Pollender: Ob die Steigerung des Steuersatzes größer sein wird, als der Rat angenommen hat, ist durchaus fraglich. Herr Scheib hat mir den Vorwurf eines demagogischen Kniffs gemacht. Dagegen vertheidige ich mich. Die Unabhängigen Sozialdemokraten glaubten ja im vorigen Jahre mit der Abstimmung des höheren Steuersatzes eine besonders große Last vollbracht zu haben. Die Stadt hätte aber ohne den Abzug von sechs Prozent ungefähr eine Million Mark mehr eingenommen, die wir heute recht gut brauchen könnten. Die Verminderung des Steuersatzes im vorigen Jahre hat den niedrigen Einkommen einige Personen erzielt, den reichen Leuten aber Tausende von Mark. Den geringen Mehrbetrag, der bei 160 Prozent auf die Arbeiter entfallen wäre, hätten diese tragen können. Daß die Stadtverordneten durch die Bevölkerung des höheren Steuersatzes ihr Budgetrecht preisgeben sollen, verstehe ich nicht, denn die Stadtverordneten haben doch über alle Ausgaben zu verfügen. Wir werden für den Antrag der Ausschüsse stimmen, da bei der herrschenden Stimmung des Kollegiums ein weitergehender Antrag aussichtslos ist. Aber besonders zweckmäßig ist der Antrag der Ausschüsse nicht, es wäre wirtschaftlicher und vernünftiger, wenn wir dem Ratsantrage mehr entgegenkämen.

Stadtr. Möllig (Mittelst.) betonte, es sei unmöglich, die Teuerungszulagen der Festbesoldeten von der Gemeindeeinkommensteuer zu befreien, sofern es sich jedoch um Rätsenabnehmende und um Beamte mit geringen Einkommen handele, würden Gesuche um Erlös der Steuer sicherlich bestehen.

Vizevorsteher Pollender: Ob die Steigerung des Steuersatzes größer sein wird, als der Rat angenommen hat, ist durchaus fraglich. Herr Scheib hat mir den Vorwurf eines demagogischen Kniffs gemacht. Dagegen vertheidige ich mich. Die Unabhängigen Sozialdemokraten glaubten ja im vorigen Jahre mit der Abstimmung des höheren Steuersatzes eine besonders große Last vollbracht zu haben. Die Stadt hätte aber ohne den Abzug von sechs Prozent ungefähr eine Million Mark mehr eingenommen, die wir heute recht gut brauchen könnten. Die Verminderung des Steuersatzes im vorigen Jahre hat den niedrigen Einkommen einige Personen erzielt, den reichen Leuten aber Tausende von Mark. Den geringen Mehrbetrag, der bei 160 Prozent auf die Arbeiter entfallen wäre, hätten diese tragen können. Daß die Stadtverordneten durch die Bevölkerung des höheren Steuersatzes ihr Budgetrecht preisgeben sollen, verstehe ich nicht, denn die Stadtverordneten haben doch über alle Ausgaben zu verfügen. Wir werden für den Antrag der Ausschüsse stimmen, da bei der herrschenden Stimmung des Kollegiums ein weitergehender Antrag aussichtslos ist. Aber besonders zweckmäßig ist der Antrag der Ausschüsse nicht, es wäre wirtschaftlicher und vernünftiger, wenn wir dem Ratsantrage mehr entgegenkämen.

Stadtr. Möllig (Mittelst.) betonte, es sei unmöglich, die Teuerungszulagen der Festbesoldeten von der Gemeindeeinkommensteuer zu befreien, sofern es sich jedoch um Rätsenabnehmende und um Beamte mit geringen Einkommen handele, würden Gesuche um Erlös der Steuer sicherlich bestehen.

Vizevorsteher Pollender: Ob die Steigerung des Steuersatzes größer sein wird, als der Rat angenommen hat, ist durchaus fraglich. Herr Scheib hat mir den Vorwurf eines demagogischen Kniffs gemacht. Dagegen vertheidige ich mich. Die Unabhängigen Sozialdemokraten glaubten ja im vorigen Jahre mit der Abstimmung des höheren Steuersatzes eine besonders große Last vollbracht zu haben. Die Stadt hätte aber ohne den Abzug von sechs Prozent ungefähr eine Million Mark mehr eingenommen, die wir heute recht gut brauchen könnten. Die Verminderung des Steuersatzes im vorigen Jahre hat den niedrigen Einkommen einige Personen erzielt, den reichen Leuten aber Tausende von Mark. Den geringen Mehrbetrag, der bei 160 Prozent auf die Arbeiter entfallen wäre, hätten diese tragen können. Daß die Stadtverordneten durch die Bevölkerung des höheren Steuersatzes ihr Budgetrecht preisgeben sollen, verstehe ich nicht, denn die Stadtverordneten haben doch über alle Ausgaben zu verfügen. Wir werden für den Antrag der Ausschüsse stimmen, da bei der herrschenden Stimmung des Kollegiums ein weitergehender Antrag aussichtslos ist. Aber besonders zweckmäßig ist der Antrag der Ausschüsse nicht, es wäre wirtschaftlicher und vernünftiger, wenn wir dem Ratsantrage mehr entgegenkämen.

Stadtr. Möllig (Mittelst.) betonte, es sei unmöglich, die Teuerungszulagen der Festbesoldeten von der Gemeindeeinkommensteuer zu befreien, sofern es sich jedoch um Rätsenabnehmende und um Beamte mit geringen Einkommen handele, würden Gesuche um Erlös der Steuer sicherlich bestehen.

Vizevorsteher Pollender: Ob die Steigerung des Steuersatzes größer sein wird, als der Rat angenommen hat, ist durchaus fraglich. Herr Scheib hat mir den Vorwurf eines demagogischen Kniffs gemacht. Dagegen vertheidige ich mich. Die Unabhängigen Sozialdemokraten glaubten ja im vorigen Jahre mit der Abstimmung des höheren Steuersatzes eine besonders große Last vollbracht zu haben. Die Stadt hätte aber ohne den Abzug von sechs Prozent ungefähr eine Million Mark mehr eingenommen, die wir heute recht gut brauchen könnten. Die Verminderung des Steuersatzes im vorigen Jahre hat den niedrigen Einkommen einige Personen erzielt, den reichen Leuten aber Tausende von Mark. Den geringen Mehrbetrag, der bei 160 Prozent auf die Arbeiter entfallen wäre, hätten diese tragen können. Daß die Stadtverordneten durch die Bevölkerung des höheren Steuersatzes ihr Budgetrecht preisgeben sollen, verstehe ich nicht, denn die Stadtverordneten haben doch über alle Ausgaben zu verfügen. Wir werden für den Antrag der Ausschüsse stimmen, da bei der herrschenden Stimmung des Kollegiums ein weitergehender Antrag aussichtslos ist. Aber besonders zweckmäßig ist der Antrag der Ausschüsse nicht, es wäre wirtschaftlicher und vernünftiger, wenn wir dem Ratsantrage mehr entgegenkämen.

Stadtr. Möllig (Mittelst.) betonte, es sei unmöglich, die Teuerungszulagen der Festbesoldeten von der Gemeindeeinkommensteuer zu befreien, sofern es sich jedoch um Rätsenabnehmende und um Beamte mit geringen Einkommen handele, würden Gesuche um Erlös der Steuer sicherlich bestehen.

Vizevorsteher Pollender: Ob die Steigerung des Steuersatzes größer sein wird, als der Rat angenommen hat, ist durchaus fraglich. Herr Scheib hat mir den Vorwurf eines demagogischen Kniffs gemacht. Dagegen vertheidige ich mich. Die Unabhängigen Sozialdemokraten glaubten ja im vorigen Jahre mit der Abstimmung des höheren Steuersatzes eine besonders große Last vollbracht zu haben. Die Stadt hätte aber ohne den Abzug von sechs Prozent ungefähr eine Million Mark mehr eingenommen, die wir heute recht gut brauchen könnten. Die Verminderung des Steuersatzes im vorigen Jahre hat den niedrigen Einkommen einige Personen erzielt, den reichen Leuten aber Tausende von Mark. Den geringen Mehrbetrag, der bei 160 Prozent auf die Arbeiter entfallen wäre, hätten diese tragen können. Daß die Stadtverordneten durch die Bevölkerung des höheren Steuersatzes ihr Budgetrecht preisgeben sollen, verstehe ich nicht, denn die Stadtverordneten haben doch über alle Ausgaben zu verfügen. Wir werden für den Antrag der Ausschüsse stimmen, da bei der herrschenden Stimmung des Kollegiums ein weitergehender Antrag aussichtslos ist. Aber besonders zweckmäßig ist der Antrag der Ausschüsse nicht, es wäre wirtschaftlicher und vernünftiger, wenn wir dem Ratsantrage mehr entgegenkämen.

Stadtr. Möllig (Mittelst.) betonte, es sei unmöglich, die Teuerungszulagen der Festbesoldeten von der Gemeindeeinkommensteuer zu befreien, sofern es sich jedoch um Rätsenabnehmende und um Beamte mit geringen Einkommen handele, würden Gesuche um Erlös der Steuer sicherlich bestehen.

Vizevorsteher Pollender: Ob die Steigerung des Steuersatzes größer sein wird, als der Rat angenommen hat, ist durchaus fraglich. Herr Scheib hat mir den Vorwurf eines demagogischen Kniffs gemacht. Dagegen vertheidige ich mich. Die Unabhängigen Sozialdemokraten glaubten ja im vorigen Jahre mit der Abstimmung des höheren Steuersatzes eine besonders große Last vollbracht zu haben. Die Stadt hätte aber ohne den Abzug von sechs Prozent ungefähr eine Million Mark mehr eingenommen, die wir heute recht gut brauchen könnten. Die Verminderung des Steuersatzes im vorigen Jahre hat den niedrigen Einkommen einige Personen erzielt, den reichen Leuten aber Tausende von Mark. Den geringen Mehrbetrag, der bei 160 Prozent auf die Arbeiter entfallen wäre, hätten diese tragen können. Daß die Stadtverordneten durch die Bevölkerung des höheren Steuersatzes ihr Budgetrecht preisgeben sollen, verstehe ich nicht, denn die Stadtverordneten haben doch über alle Ausgaben zu verfügen. Wir werden für den Antrag der Ausschüsse stimmen, da bei der herrschenden Stimmung des Kollegiums ein weitergehender Antrag aussichtslos ist. Aber besonders zweckmäßig ist der Antrag der Ausschüsse nicht, es wäre wirtschaftlicher und vernünftiger, wenn wir dem Ratsantrage mehr entgegenkämen.

Stadtr. Möllig (Mittelst.) betonte, es sei unmöglich, die Teuerungszulagen der Festbesoldeten von der Gemeindeeinkommensteuer zu befreien, sofern es sich jedoch um Rätsenabnehmende und um Beamte mit geringen Einkommen handele, würden Gesuche um Erlös der Steuer sicherlich bestehen.

Vizevorsteher Pollender: Ob die Steigerung des Steuersatzes größer sein wird, als der Rat angenommen hat, ist durchaus fraglich. Herr Scheib hat mir den Vorwurf eines demagogischen Kniffs gemacht. Dagegen vertheidige ich mich. Die Unabhängigen Sozialdemokraten glaubten ja im vorigen Jahre mit der Abstimmung des höheren Steuersatzes eine besonders große Last vollbracht zu haben. Die Stadt hätte aber ohne den Abzug von sechs Prozent ungefähr eine Million Mark mehr eingenommen, die wir heute recht gut brauchen könnten. Die Verminderung des Steuersatzes im vorigen Jahre hat den niedrigen Einkommen einige Personen erzielt, den reichen Leuten aber Tausende von Mark. Den geringen Mehrbetrag, der bei 160 Prozent auf die Arbeiter entfallen wäre, hätten diese tragen können. Daß die Stadtverordneten durch die Bevölkerung des höheren Steuersatzes ihr Budgetrecht preisgeben sollen, verstehe ich nicht, denn die Stadtverordneten haben doch über alle Ausgaben zu verfügen. Wir werden für den Antrag der Ausschüsse stimmen, da bei der herrschenden Stimmung des Kollegiums ein weitergehender Antrag aussichtslos ist. Aber besonders zweckmäßig ist der Antrag der Ausschüsse nicht, es wäre wirtschaftlicher und vernünftiger, wenn wir dem Ratsantrage mehr entgegenkämen.

Stadtr. Möllig (Mittelst.) betonte, es sei unmöglich, die Teuerungszulagen der Festbesoldeten von der Gemeindeeinkommensteuer zu befreien, sofern es sich jedoch um Rätsenabnehmende und um Beamte mit geringen Einkommen handele, würden Gesuche um Erlös der Steuer sicherlich bestehen.

Vizevorsteher Pollender: Ob die Steigerung des Steuersatzes größer sein wird, als der Rat angenommen hat, ist durchaus fraglich. Herr Scheib hat mir den Vorwurf eines demagogischen Kniffs gemacht. Dagegen vertheidige ich mich. Die Unabhängigen Sozialdemokraten glaubten ja im vorigen Jahre mit der Abstimmung des höheren Steuersatzes eine besonders große Last vollbracht zu haben. Die Stadt hätte aber ohne den Abzug von sechs Prozent ungefähr eine Million Mark mehr eingenommen, die wir heute recht gut brauchen könnten. Die Verminderung des Steuersatzes im vorigen Jahre hat den niedrigen Einkommen einige Personen erzielt, den reichen Leuten aber Tausende von Mark. Den geringen Mehrbetrag, der bei 160 Prozent auf die Arbeiter entfallen wäre, hätten diese tragen können. Daß die Stadtverordneten durch die Bevölkerung des höheren Steuersatzes ihr Budgetrecht preisgeben sollen, verstehe ich nicht, denn die Stadtverordneten haben doch über alle Ausgaben zu verfügen. Wir werden für den Antrag der Ausschüsse stimmen, da bei der herrschenden Stimmung des Kollegiums ein weitergehender Antrag aussichtslos ist. Aber besonders zweckmäßig ist der Antrag der Ausschüsse nicht, es wäre wirtschaftlicher und vernünftiger, wenn wir dem Ratsantrage mehr entgegenkämen.

Stadtr. Möllig (Mittelst.) betonte, es sei unmöglich, die Teuerungszulagen der Festbesoldeten von der Gemeindeeinkommensteuer zu befreien, sofern es sich jedoch

Merkmale der Krankheit auf. Das ist ein geradezu niederschmetterndes Resultat, auch wenn man in Betracht zieht, daß unter diesen Kindern ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz von Abkömmlingen von Schwindsüchtigen war.

In sämtlichen aktiven Fällen von Tuberkulose wurde die Behandlung eingeleitet, die in Tuberkulineinreibungen bestand. In 75 Prozent der Fälle konnte Heilung oder doch Besserung erzielt werden, während die übrigen ungebessert blieben; in einem Falle trat Ver schlechterung ein. In 80 Prozent der Fälle trat eine Erhöhung der Reaktionsfähigkeit, also des Immunitätsgrades ein. Außerdem wurden die Kinder diätetisch-physisch behandelt, um ihre körperliche Widerstandsfähigkeit zu stärken.

Ein anderer Arzt, Dr. Biller, schlägt angesichts der erschreckend hohen Erkrankungsziffern im Kindesalter vor, eigne Tuberkulose-Schulärzte, je 1 auf 1200 Kinder, anzustellen, die alle Kinder unter ständiger Aufsicht halten, eine Maßnahme, die, wenn sie auch eine ziemlich starke finanzielle Belastung der Gemeinden darstellen würde, sich aber vielleicht doch als unumgänglich notwendig herausstellen wird, wenn wir der schrecklichen Krankheit wirklich Herr werden wollen.

Das amtsärztliche Zeugnis zum Besuch der Badeorte:

Die Bestimmung der Bundesratsverordnung über die Einschärfung des Fremdenverkehrs, daß der Besuch der Badeorte bei einem Aufenthalt von länger als vier Wochen von der Beibringung eines amtssätzlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden soll, hat besonders in den Kreisen der Ärzte tiefgehende Verständigung und lebhafte Widerspruch hervorgerufen. Gegen diese Bestimmung hat bereits der Aerzteauschuss von Groß-Berlin in schärfster Weise Stellung genommen und Einprägen an den Bundesrat und die Medizinalabteilung des Ministeriums des Innern gerichtet. Nun mehr hat sich auch der Verband der Aerzte Deutschlands in Leipzig auf eine vom Bund Deutscher Verkehrsvereine am 30. März an ihn gerichtete Eingabe wie folgt geführt:

"Die Verbandsleitung hält es nicht für richtig, den Besuch eines Badeorts von der Beibringung eines amtssätzlichen Zeugnisses abhängig zu machen; vielmehr ist sie der Ansicht, daß im allgemeinen in diesem Fall der Hausarzt die zuständige Instanz ist, zumal wenn es sich um Leute handelt, die bereits in seiner Behandlung gestanden haben oder noch stehen."

Die „mühselose, lukrative Existenz“.

Die Münchner Neuesten Nachrichten (Nummer 435) brachten folgendes Zusatzat:

Solzan glänzendes Angebot. In Nordseehafenstadt soll massives Grundstück, in dem sich seit Jahren ein hochmoderner Wirtschaftsbetrieb mit Damenbedienung befindet, der seinem Besitzer ein bedeutendes Vermögen nachweislich einbrachte, für den willigen Preis von 95 Mille, bei 30 Mille Anzahlung, sofort verkauft werden. Hypothek und Restgeld fest. Ernstliche Nachfrager, die sich eine mühselose, lukrative Existenz sichern wollen, und über den erforderlichen Betrag verfügen, erfahren Näheres unter ... durch Haasenstein und Vogler, Hamburg.

Das tut es, wenn dieses Bordell viel Unheil anrichtet und Menschengruppe zerstört, die Hauptfahrt ist, daß es eine „mühselose, lukrative Existenz“ sichert.

Lebensmittellkalender für Freitag, den 19. April 1918.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Butter — abzugeben Delmarke 9 der Landesfettarie 24 und Sondermarke für 28. bis 29. April.

Margarine: abzugeben 28 E und K der Lebensmittelkarte Reihe B 2 und Lebensmittelkarte rote 4 der Lebensmittelkarte S 2/3.

Marmelade: abzugeben 24 E und K der Lebensmittelkarte Reihe B 2.

Kartenkopf der Landesfettarie 24 aufbewahren zur Speisefettentnahmen für die Verpflegungswoche vom 30. April bis 6. Mai!

Ausgabe. Griech: Beginn — bestellt mit 18 E und K und Fleischmarkenstreifen F 1—4.

25. Kartenverteilung: Nr. 1—200 der Haushaltstafte.

Für Händler.

Fleisch: Markenablieferung durch den Fleischer.

Über die diesjährige Rauhwaren-Ostermesse wird berichtet: Die Einlauferzahl war eher größer als letztes Jahr, die Kauflust eine äußert rege. Sowohl die Leipziger Rauhwarenhändler als auch die Konfektionäre und Händler aus Berlin und dem übrigen Deutschland sind mit dem Verlauf der Mess feier aufgetreten, denn es haben sich beinahe sämtliche Artikel, soweit sie noch in mehr oder weniger großen Quantitäten angeboten wurden, flott und zu guten Preisen verkaufen.

Grundstückserkäufe in Leipzig. Im Monat März wurden Besitzwechselabgaben entrichtet für den Verkauf von 40 bebauten Grundstücken mit einer Kaufsumme von 5 753 748 Mk. sowie für den Verkauf von 3 unbebauten Grundstücken mit einer Kaufsumme von 118 452 Mk.

Weizkohl- und Rübenauerkraut. Von der Lebensmittelversorgungsgesellschaft Leipzig wird wie bisher Rübenauerkraut in den Handel gebracht. Die Verbraucher sind berichtet, auf Wunsch beim Einkauf dieses Rübenauerkrauts gleichzeitig die gleiche Gewichtsmenge Weizkohlauerkraut beim Kleinhändler zu entnehmen. Für die Zubereitung empfiehlt es sich, beide Arten miteinander vermisch zu Kochen. Der Preis beträgt für das Pfund Weizkohlauerkraut wie für das Pfund Rübenauerkraut 28 Pfg. Die Kleinhändler werden eracht, sich wegen der Entnahme von Weizkohl- und Rübenauerkraut an die belasteten Ausgabestellen zu wenden.

Die Ausfahrmargarinaten für Schwerarbeiter, die bis Ende April gelten, sind bereits voll beliefert worden. Neue Margarinaten werden vom 20. bis 26. April ausgetragen und bei der nächsten Margarineausgabe mit beliefert werden. Die Betriebe werden noch benachrichtigt, wann von ihnen die Karten abzuholen sind.

Zu den 18 städtischen Speiseanstalten beließ sich in der Woche vom 8. bis 13. April die Speiseausgabe auf rund 77 400 Mahlzeiten gegenüber rund 66 800 Mahlzeiten in der Woche zuvor.

Neue Bekanntmachungen. Die in der heutigen Ausgabe abgedruckten Bekanntmachungen betreffen: Verkauf von Marmelade unter städtischer Aufsicht; Margarineverteilung.

Auschenverkauf auf dem Schlachthofe. Freitag, den 19. April, von 8 bis 10 Uhr: Verkauf an die Nummern von 70 001 bis 79 500; von 10 bis 12 Uhr: Verkauf nur an Umläufer. — Passendes Kleind und zwei Fleischmarken F sind mitzubringen.

Gebank I: Heute: Nr. 8531 bis 8980; Gebank II: Nr. 581 bis 880.

Schellenberger. Nr. 8001 bis 4050.

Polizeinachrichten.

Unfälle. In Modau ist ein 2½-jähriges Kind beim Spielen auf dem Balkon tödlich in einen großen Topf mit brennendem Spiritus gestürzt, den seine Mutter zum Abtöpfeln dahin gestellt hatte, und hat sich dabei so verbrannt, daß es andern Tags an den Wunden erlegen ist. — In Stötzing in der Poststraße hat sich ein großes Gasölfäß unter dem Dachstuhl gelöst und ist einem im selben Moment dort vorübergehenden 12jährigen Schüler auf den Kopf gefallen. Der Knabe stand wegen der hierdurch erlittenen Gehirnerschütterung Aufnahme im Krankenhaus.

Gremdenlehrer. In der Zeit vom 7. bis 13. April sind in liegenden Hotels 6478 Reichsdeutsche und 331 Ausländer abgestiegen.

Seifenverteilung. Paul Bekanntmachung vom 9. April dürfen für die Monate April oder Mai einmal 50 Gramm Kriegsseite gegen Vorlage der abzustempelnden Seifenkarte (unter Angabe des Namens mit Tinte oder Farbkrempel) abgegeben werden.

Neben den Nutzenwert des Laubes wird örtlich geschrieben: Die trockenen Blätter unseres Baumes und Sträucher besitzen einen erheblichen Nutzenwert und werden nach den angestellten Erfahrungswerten insbesondere von den Pferden gern genommen und gut verdaut. Das Laub aller heimischen Laubbäume und Sträucher, wo auch immer es sich findet, mit Ausnahme des Laubes vom Faulbaum, des Goldregens, der Alazie, der Traubentriebe sowie des Eichens, kann zu Futterzwecken verwendet werden.

Professor Kellner sagt, daß das Laub in heutzutage Zustand dem gewöhnlichen Wiesenheu an Nährwert nicht nachsteht; auch Professor Pott betont, daß die meisten Laubbäume der nördlichen Länder in ihren Blättern ein vorzügliches Futtermittel bieten. Namentlich Ulmenblätter haben einen Nährwert, der demjenigen der Eukalyptus fast gleichkommt. Der Nährwert der Blätter ist darauf zurückzuführen, daß das im Blatt reichlich enthaltene Protein zum größten Teil verdaulich ist. Gerade in der heutigen Zeit, wo die Rationen groß ist, kann nicht nachdrücklich genug auf die erheblichen Mengen an Futterstoffen, die wir aus unseren Laubwäldern herausziehen können, hingewiesen werden.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Seifen-Sonderzuweisung in Leipzig-Land.

Den Verbrauchern werden ohne Rücksicht auf die gegenwärtig vorgeschene Menge Seife während der Monate April oder Mai einmal 50 Gramm K.-A.-Seife gegen Vorlage der Seifenkarte verabsagt.

Taucha. Städtische Lebensmittelversorgung. Rübenauerkraut, ½ Pfund zu 13 Pfg., und Rudelein (Auszugsware), ½ Pfund zu 11 Pfg., werden für jede Person nach Kundenliste auf Feld 26 der Warenausweiskarte abgegeben. — Landeser kommen von heute an bei Breitenborn, Guthsahr, Krause, Koch, Naumann, Schmidt und Trümper nach der Kundenliste auf Feld 26 der Warenausweiskarte zur Aussage. Jede Person erhält ein Et. Die bei den übrigen Verkaufsstellen eingetragenen Verbraucher finden demnächst Berücksichtigung.

Böhmisches Churenberg. Nahrungsmittelverkauf. Auf Warenverkauf Nr. 26 werden für die Person ein Bierfeldschein Gruppen zu 8 Pfg. und Rübenauerkraut (Menge beliebig), das Pfund 25 Pfg., abgegeben. Verkauf ab Donnerstag. Sofort anmelden.

— Die 8. Eierverteilung findet morgen, Freitag, von 8 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr, in der Schule statt.

Eichen. Ausgabe von Baumwollnäpfchen. Auf Abschnitt Nr. 26 der Lebensmittelhauptkarte (rot) kann in den Verkaufsstellen von Joseph Weidmann, Christoph Werner, William Schmidt und Witte Horns eine Rolle Baumwollnäpfchen (200 Meter) zum Preis von 28 Pfg. bezogen werden. Die Bezugsberechtigten, welche keine Näpfchen erhalten haben, sollen die Abschnitte Nr. 26 aufbewahren, damit dieselben bei der im Mai resp. Juni stattfindenden Verteilung berücksichtigt werden können.

Marktstädt. Ausgabe von Kerzen. Die Geschäfte von Bartusch, P. Sonder, Graetz, Vorst, Sünniger, Pampl sowie der Konsumverein und die städtische Verkaufsstelle geben noch, soweit der Vorrat reicht, Kerzen ohne besondere Quotierung nach Personenanzahl oder Haushaltungen ab.

Glenburg. Städtischer Warenverkauf. Auf jeden Bezugsschein Nr. 54 gelangt ein Et zum Preis von 22 Pfg. zur Abgabe. Haushaltungen mit Höhnerhaltung sind ausgeschlossen.

Der Schleichhandel mit Kartoffeln im Kreise Delitzsch hat; wie eine landräthliche Bekanntmachung besagt, einen bedrohlichen Umfang angenommen. Die Landwirte werden erneut darauf hingewiesen, daß Kartoffeln nur an die Ausflugscommissionäre des Kreises oder gegen Bezugsscheine abgegeben werden dürfen. Widerrechtlich abgegebene Kartoffeln werden ohne Entschädigung eingezogen. Käufer und Verkäufer werden bestraft, und zwar die Käufer härter, wenn der Höchstpreis überschritten ist. Bei weiteren fortgesetzten Zuwiderhandlungen wird mit Herabsetzung der Selbstversorgerrente gedroht.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtag.

Dresden, 17. April. Die heutige Sitzung sah als Hauptgegenstand der Verhandlung die Nachträge zu dem ordentlichen und dem außerordentlichen Staatshaushaltplan auf die Jahre 1918 und 1919 und einem weiteren Nachtrag zu dem Finanzgesetz auf dieselben Jahre vor. Finanzminister v. Seydeln gab in längeren Ausführungen Erklärungen zu der Vorlage. Es ist selbstverständlich, daß er in der Deutschen Reichszeit immer das Siegesspiel reiten muß, daß die Gegner Deutschlands die Kosten für den Krieg zahlen sollen, weil er gezwungen ist, von Zeit zu Zeit an das Parlament mit Nachforderungen heranzutreten. Seine langen Ausführungen bieten zu besonderen Bemerkungen wenig Anlaß. Nur auf die Bemerkungen Niethammers wegen der Vermehrung der Güterwagen und auf den derzeitigen schlimmen Verkehrszustand ließ er sich herbei, zu erklären, daß allerdings ein Verkehrszustand bestünde, das dadurch hervorgerufen sei, daß die Heeresverwaltung außerordentlich starke Aufträge an den Waggonpark stelle. Es seien auch viele Wagen nach auswärts abgegeben worden, so unter andern auch an Österreich. Der Abg. Eason brachte die niedrigen Löhne der Eisenbahnarbeiter wiederum zur Sprache und führte Beispiele an, wie in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten noch mit einer völlig veralteten Betriebsweise gearbeitet werde. Man lasse fortwährend über Arbeitermangel, dabei unterlass man es, die Technik, die in Privatbetrieben längst angewandt werde, auch in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten einzuführen.

Bei der Schlusserörterung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kapitel 57 des ordentlichen Staatshaushaltplans 1918/19 zeigte der Abgeordnete Lange, wie verkehrt die heutige staatliche Fürsorgeerziehung sei, indem sie die Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung statt aufzurichten und für das fernere Leben geeignet zu machen, sie mit dem Male des Verbrecherthums behaftete und so deren ganzes fernere Leben verpuschte.

Gegen die Dienststrafbestimmungen der Lehrer.

Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins bittet die Presse um Veröffentlichung einer Erklärung des Sächsischen Lehrervereins zu dem Dekret über die Dienststrafbestimmungen für Volksschullehrer: "Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins hat mit Erstaunen davon Kenntnis genommen, daß bei den Berechnungen über den Schuletat von der Mehrheit der Zweiten Kammer und vom Reichtagsstatter der Ersten Kammer die dringende Notwendigkeit der Änderung der Dienststrafbestimmungen für Volksschullehrer entschieden zum Ausdruck gebracht und von der Regierung anerkannt wurde. Zu dem Dekret da schlägt die Regierung dem Landtag die Übertragung der Dienststrafbestimmungen des Civiliststaatsdienergesetzes auf die Volksschullehrer vor. Dieses Gesetz stammt aus dem Jahre 1878 und entspricht nach allgemeiner Auffassung, der sich die Regierung nicht ganz verschließen konnte, in seiner Weise der veränderten Stellung des Beamten im Staate, den heutigen Rechtsanschauungen und der heutigen Rechtsausübung. In den meisten Disziplinarfällen bleibt auch in Zukunft der gegen-

wärtig schlimmste Nebestand bestehen, daß Klöger und Nichter in einer Person vereinigt sind. Nur für Dienstenlassung und Dienststrafe vorgesehen, die aber in ihrer Zusammensetzung den für andere Berufskreise bereits anerkannten Grundlagen nicht gerecht werden. Das Recht der religiösen und politischen Überzeugung und Verüstigung, die ungehinderte Ausübung des Staatsbürgerrights wird nicht gewährleistet. Die Lehrerschaft hätte erwartet dürfen, wenigstens in diesem Gesetz einen Niederschlag des Vertrauens zu finden, das ihr so oft und uneingeschränkt ausgesprochen worden ist, ganz abgesehen davon, daß die gegenwärtige Zeit die Beseitigung aller Ausnahmeverhältnisse auch für Beamte und Lehrer dringend verlangt. Die erwartete Tat ist ausgeblieben. Die Lehrerschaft ersahrt aufs neue eine tiefe Enttäuschung."

Anträge an den Landtag.

Die konervative Fraktion hat einen Antrag eingebracht, worin sie vorschlägt, die Regierung soll den durch den Krieg vernichteten selbständigen Mittelstand wieder aufzurichten. Im einzelnen wird dargelegt, wie dies zu geschehen habe. Dieser Antrag gleicht dem über den Ehrensold an Krieger, dessen Kosten aus der — Kriegsentschädigung — genommen werden sollen.

Die nationalliberale Fraktion im sächsischen Landtag hat beschlossen, bei der Kammer zwei Anträge einzubringen. Die Abgeordneten Althoff-Leutzsch, Niethammer, Dr. Seifert und Genossen beantragen, die Gesetzgebungsdeputation mit der Umsetzung der Geschäftsbildung der Zweiten Kammer im Anschluß an die Neuauflistung der Landtagsordnung zu beauftragen. Ein Antrag Kleinheimpels und Genossen fordert, daß das sächsische Gesetz über das Disziplinarstrafrecht der städtischen Beamten auch auf alle übrigen berufsmäßigen Gemeindebeamten Anwendung finden soll.

Gewerkschaftsbewegung.

Neue Wege?

I. K. Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Seit mehr als Jahresfrist spielt in der deutschen Unternehmenspresse die Frage der ländlichen Wohnregulierung, besser gesagt, die des Wohnbaus, eine große Rolle. Allen voran in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, deren leichte Nummer sich unter dem Titel "Neue Wege" eingehend mit der Zukunft der Wohnfrage beschäftigt. Das Blatt meint, da der Krieg gezeigt habe, daß die Lohnarbeiterklasse sich trotz des Entgegenkommen der Regierungskräfte gegenüber ihrer politischen Partei von ihren Grundausfassungen über den Klassenkampfgedanken nicht trennen wolle, so wäre der Gedanke der Gewinnbegrenzung der Arbeiter in Frage zu ziehen. Die D. A. Z. läßt sich hierzu wie folgt aus: "So wird, um einen geordneten Fortgang der Gütererzeugung zu fördern, kaum etwas anderes übrigbleiben, als das Bestreben, die Hauptgruppe der sozialdemokratischen Gesellschaft, nämlich die Lohnarbeiterklasse, in erheblicher Verbesserung ihrer Weise als es bisher geschehen, von der Unerschließbarkeit der Grundlagen unserer Wirtschaftsform zu überzeugen, um sie damit zu kritischer Nachprüfung der ihr bisher von ihren politischen Führern eingetragenen Anschaunungsweise zu veranlassen. Freilich darf es in dieser Hinsicht keineswegs bei dem Versuch sein, Beweisen haben, in rein theoretischer Weise aussätzend zu wirken. Vielmehr wäre zu untersuchen, inwieweit es angängig ist, die Übereinstimmung des Interesses von Unternehmern und Arbeitern am Ertrag der Gütererzeugung praktisch darzutun."

Diese Praxis läuft nun darauf hinaus, die bisher bekannten Methoden, wie sie u. a. in der Zeitschrift Stiftung in Dena oder bei dem Fabrikantenkreis Preußen angewendet wurden, zu verwerten, weil die Arbeiter bei Teilnahme am Gewinne gegebenenfalls auch den Verlust tragen helfen müssen. Die D. A. Z. versetzt deshalb auf den löschen Gedanken, das deutsche Aktiengesetz zu reformieren, vor allen Dingen den heutigen Mindestlohn von 1000 Mk. für die Aktie bedeutend herabzusetzen, damit auch der kleine Mann, der Lohnarbeiter, Aktienkarte werden könne. Den Kaufmännischen und technischen Angestellten will man davon aber grundsätzlich aufnehmen. Man geht keineswegs von der Absicht aus, die Lohnhöhe der Arbeiter zu steigern; noch wie vor ist heute für die Unternehmer und ihre Presse das Motto maßgebend: Herunter von den Kriegslohn. Da heute die Zahl der Arbeiter, die in gesellschaftlich geleiteten Betrieben arbeiten, unfer Aufsicht nach schon die der Arbeiter in Privatbetrieben überwiegt, so ist leicht zu erkennen, welche Ziele das Unternehmertum mit diesem Vorschlag verfolgt. Offenheit ist immer eine der wenigen Zugenden gewesen, deren sich die Arbeiter-Zeitung rühmen darf, und so schreibt sie dann auch zum Schluss dieser Abhandlung:

"Damit wäre freilich noch lange nicht alles geleistet. Aber es würde das immerhin einen Schritt auf dem Wege bedeuten, der uns aus dem Wirtschaftsklassenkampf hinausführen soll in die freie Welt der Bürgerbildung dessen, was die geltende Wirtschaftsform für den nationalen Gesamtfortschritt bedeutet."

Ob dieser Artikel zunächst nur einen Führer darstellt oder ob dieser Gedanke in den möglichen Arbeitgeberkreisen schon ausgereift ist, läßt sich noch nicht erkennen. Gedankensatz ist der Verfasser ganz entschieden, wenn er glaubt, die Arbeiterschaft auf diese ausgefahrenen "Neuen Wege" losen zu können.

Heinrich Schneider verstarb. In Hannover ist der Redakteur des Proletarier, des Organs des Fabrikarbeiterverbands, an den Folgen eines Straßenbahnunfalls im Kronenhause verstorben. Er redigierte das Gewerkschaftsblatt seit dem Jahre 1908. Im Jahre 1911 erschien von ihm ein Buch: "Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie", in dem er mehr Schutz für die Arbeiter und Arbeiterinnen forderte, die in der chemischen Industrie beschäftigt sind. Bei der Wahl

Friedlose Zeit.

Roman aus den letzten Jahren Karls XII.

Von Fredrik Person.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Schwedischen.

Nachdruck verboten.

IV.

Eins eine Meile östlich vom Grotal liegt der Lomsee. Aus dem Tal sind selten oder nie jemand zu dem malerischen Bergsee hinauf. Nur im Herbst bei der Elgjagd oder im Frühjahr zur Zeit der Auerhahnschau schlich ein graugeliebter Mann behutsam durch die Weidenblüte am Seeufer. Er spähte nach den Vogeln, die oben auf den schwarzen Astern ihr Spiel trieben, aber versiegte lautlos auf leisen Vinkenrindeschuhen die Spuren des Elgs im weichen Moor.

Nur wenige Talbewohner kannten den Lomsee, nach dem weder Weg noch Steg führte. Hinnen aber, die vom Walde und den Tieren des Waldes lebten, hatten erzählt, daß das Wasser von Fischen schwimme, wenn sie auch nicht auf Fischfang ausgegangen waren, und daß es ringdum im Walde Wild in Fülle gab.

An diesen See, dessen Eidechsen noch nicht geschwärzt waren, zogen nun die Leute aus dem Grotal. Tag und Nacht waren immer neue Gerüchte aus Westen und Norden gekommen. Bettelnde Hinnen und streifende Zigeuner waren durch die Gemeinde gegangen, und alle hatten vom bevorstehenden Besuch der Norweger erzählt. Denselbs der Grenze hatte man gut Geschäft gewußt. Wochen- und monatlang hatten norwegische Truppen und bewaffnete Bauern aus Schlesmark auf der Thranje bei Blinger gelagert. In allen Tälern war das Volk zu den Weisen gerufen worden. Der Schwedenkönig hatte den Krieg erklärt, und war gegen Christiania marschiert. Niedergewonne, geplünderte, geplünderte Feinden waren durch die Straßen des Waldes lebten, hatten erzählt, daß das Wasser von Fischen schwimme, wenn sie auch nicht auf Fischfang ausgegangen waren, und daß es ringdum im Walde Wild in Fülle gab.

Am diesen See, dessen Eidechsen noch nicht geschwärzt waren, zogen nun die Leute aus dem Grotal. Tag und Nacht waren immer neue Gerüchte aus Westen und Norden gekommen. Bettelnde Hinnen und streifende Zigeuner waren durch die Gemeinde gegangen, und alle hatten vom bevorstehenden Besuch der Norweger erzählt. Denselbs der Grenze hatte man gut Geschäft gewußt. Wochen- und monatlang hatten norwegische Truppen und bewaffnete Bauern aus Schlesmark auf der Thranje bei Blinger gelagert. In allen Tälern war das Volk zu den Weisen gerufen worden. Der Schwedenkönig hatte den Krieg erklärt, und war gegen Christiania marschiert. Niedergewonne, geplünderte, geplünderte Feinden waren durch die Straßen des Waldes lebten, hatten erzählt, daß das Wasser von Fischen schwimme, wenn sie auch nicht auf Fischfang ausgegangen waren, und daß es ringdum im Walde Wild in Fülle gab.

Schleunigst packte man zusammen, was man für das wertvollste hielt. Es war wahrscheinlich nicht viel. Nur in ganz alten, reichen Häusern gab es noch Erbsilber. Der und jener Soher und Söhn war wohl noch hier und da in Schraffätern und Risten aufgesunken, aber die großen Kannen und Krüge, die ehemals an hohen Felsen vor dem Hausherrn Platz auf dem Tisch standen, waren verschwunden. Die Worte, die der Amtmann bei der Steuererhebung gesprochen, hatten in aller Ohren wie heraufschnellender Hohn geklungen. Wenn irgendemand mußte er wissen, wohin das Erbsilber gewandert war. Seit zwölf Jahren hatte man Sienerski eingetrieben. Seit sechzehn Jahren führte König Karl nun Krieg — sechzehn lange Jahre. Das Land war wahrscheinlich verarmt.

In demselben Morgen, an dem die Bauern des Grotals, junge und alte, mit Grabschalen an den Sattelstrüppen, die Hölle auf dem Rücken, wahllos nach der Schanze von Edsbo ritten, zogen Frauen und Greise ostwärts nach dem Lomsee. Das Vieh nahm man mit. Futter mußte mitgeschleppt werden, und Bedarf nachgeholt werden. Aber lange konnte es ja nicht mehr dauern, bis die Alte und Jungen am Seeufer und auf den sonnigen Hochwahldichtungen ihre Nahrung fanden.

An einem Maimorgen verließ Pella Salmi seine Hütte bei Ronkalaampi in den Grünsäldern, um nach dem Grotal zu wandern. Er war auf die Hütte barmherziger Menschen angewiesen; denn eines Tages hatte er zu seinem Schrecken entdeckt, daß der Noggen, den er zur Aufzucht aufbewahrt hatte, verdorben war. Freilich war es jetzt noch schwerer, in dem dunklen Walde vorwärts zu kommen als zur Winterszeit, wo man die Schneeschuhe benutzen konnte — aber nach Norwegen zu gelangen, war noch schwerer, besonders in diesen Kriegszeiten. So blieb denn nichts andres übrig, als ins Grotal Hütte zu suchen.

In einer Woche etwa meinte er wieder zurück sein zu können. Fünf Meilen am Tage, das gab vier Tage hin und zurück; dazu kamen drei Nusshäfen im Grotal. Daß der Besitzer des Hammerwerks oder die Bauern ihm Saat geben würden, davon zweifelte er nicht. Mit den Leuten dort unten hatte Pella Salmi immer gut gestanden, und mancherlei Dienste hatte er ihnen gern erwiesen. Mehr als einmal hatte er ihnen geholfen, gestohlene Gut wiederherzustellen; er konnte auch Blut stillen und allerhand Krankheiten besprechen. Bären, die unter dem Vieh aufräumten, hatte er erlegt, und Wölfe, die in Scharen die Tiere heimtückten, hatte er durch die Macht seiner Verschwörungen so gereizt, daß sie sich gegenseitig in Süsse rissen, bis schließlich alle blutend im Schnee lagen. Ja, er war im Besitz gehirnloser Kräfte. Denn seine Mutter, Salmis Mutter, war seinerzeit in der Blüte ihrer Kraft die furchtlosezauberin von Karleby und so gefürchtet, daß sie dem Schleierhaus entging. Die Untersuchungskommission hatte auch durch vor ihren Klüften nicht gewagt, sie anzusagen und ihr den Prozeß zu machen.

Vor Sonnenuntergang war Pella Salmi aufgebrochen, und am nächsten Tage bei Sonnenuntergang hatte er das erste Gehöft des Grotals erreicht. In der Sonne gehörtes Bärenfleisch war die beiden Tage seine einzige Nahrung gewesen, und nun war er wieder müde und schaute sich bald unter Daß zu kommen.

Auf dem Schloß wohnte sein alter Freund Lasse Mon, der das Gut seinem Sohn Ola übergeben hatte, der in eine der vornehmsten Familien von Schlesmark hineingehirte hatte und allgemein für den wohlhabendsten Bauern des Bezirks gehalten wurde. Hier war Pella Salmi sicherlich willkommen, hier erhielt er Roggenbrot, Butter, Hammelfleisch, Feiertagsbrot für einen Waldfinn, durfte ruhig ausschlafen, nochdem er mit dem Alten nach Herzengruft von Großenoten vergangener Tage geplaudert hatte.

Pella Salmi stieg mit Rückack und Blinte vor dem Stall und sieht verwundert das Tal hinab. Von hier aus hat er einen weiten Ausblick, bis zur Kirche, deren Turm weit im Süden am blutroten Abendhimmel wie ein grauer Punkt zu erkennen ist.

Aber das Tal war nicht mehr wie früher, und die Anwesen auch nicht. Nirgends stieg Rauch aus den Schornsteinen auf, nirgends erklang Geigenspiel und Lachen wie sonst stets im Grotal.

Pella Salmi starrte ganz verdutzt. Er nahm die Fuchselform ab und sprach sich das Paar. Er sah in der Richtung nach Großerhammer — nein, es war unsäglich: nicht einmal der Hohofen brannte. Nirgends Rauch und die Lust war doch so unheimlich still. Hatte die Pest hier gewütet, oder war der Norweger dagegen? Geheimnisvoll still und verlassen lag das Tal in der beginnenden Dämmerung. Aber wäre der Feind zu Besuch gewesen, dann hätten doch Brandstifter von dem erzählt, was geschehen war.

Pella Salmi warf den Soz auf den Hofplatz, auf dem das Gras spärlich wuchs und seine Fußspur zu entdecken war. Er mußte sich Klarheit schaffen. Die Tür war gesperrt, nicht abgeschlossen, sondern zugemagert. Der Finn sah durchs Fenster. Die Wände leer, die Blumen verschwunden, die Schlafbank abgeräumt. Einen Augenblick sah Pella Salmi nach. Dann ging ihm ein Licht auf: also der Norwegerstreich! Die Leute hatten das Tal verlassen und lebten in den Wäldern wie damals, als der Goldene Löwe im Lande häuste. Er erinnerte sich der Zeit noch ganz gut.

Also ließ es weiter wandern. Allzu weit war man wohl nicht geflüchtet, kam wohl auch ab und zu, um Futter und Proviant zu holen. Feiges Volk heutzutage! Brummelnd warf der Alte den

Sack auf den Rücken. Früher schreckten die Weiber die Soldaten mit Bratpfannen und Kupferkesseln. Heute zog man in den Wald, bevor noch ein Norweger da war. Früher gab es Feuer, die selbste den Teufel nicht fürchten, Burschen, die, wenn es darauf ankam, den Pastor auf der Kangel niederknallten. Und die Weiber, die führen jede Donnerstagnacht auf den Blodåber. Aber dann war ja zur Zeit des alten Königs die Hexenkommision gekommen und hatte ihre Unwesen getrieben. Heute kammen die Scheiterhaufen. Pella Salmi aber war verschont geblieben, er wohnte zu weit weg. Er war der letzte von denen, die sich auf Bauerei verstanden und den Teufel mit eigenen Augen gesehen hatten.

Der alte Finn wunderte durch das Grotal; aber er hielt sich auf der holprigen Straße und klappzte nirgends an. Kein lebendes Wesen ließ sich blitzen. Keine Aue brillte, kein Pferd wieherte, kein Hund schlug an, nur einige Krähen flögten von einem Steinhaufen empor, auf dem sie sich am Kadaver einer Kuh glücklich getan hatten.

Die Dämmerung nahm zu. Pella Salmi war nun müde. Alte Weine werden sieif, wenn sie fünf Meilen gegangen sind. Vor zwanzig Jahren war es anders. Da lief man eines Winters zwölf Meilen in einer Nacht auf Schneeschuhen auf unbefahrbaren Wegen durch den Hochwald bis Binger. Man war alt und gebrechlich geworden. Der Alte brummte den ganzen Weg vor sich hin.

Allmählich wird es heller. Bleich zieht der Mond über den schwarzen Wald heraus, und die Schatten fallen wie blaue Striche auf die Straße, die einen Tals. Wunderolle Nachstille. Kein Windhauch. Von den Wiesen und Weideplätzen am Fluß streicht der eigene Duft blühender Sumpfdotterblumen herüber. Über dem Wasser leichte Nebelschleier. Am Hals des Hirschkuh ruft ein Kuh: die Tiere klingen erst ganz nahe, allmählich immer fern. Dann ist es sss, sss. Vom Fluß herauf kommt ein leises einziges dumpfes Prasseln, das die Stille nicht stört, eher noch verstet.

Der Finn wankt weiter in seinen lederschöckten Vinkenrindeschuhen. Blödig bleibt er stehen, nimmt die Mütze ab, kratzt sich den Kopf. Daß in das nicht schon früher eingefallen war. Heute konnte er ja das auch wegen. Daß das vor ausgestorben, der alte Pastor tot, der wohl mit dem av... Aber hier hatte er ja nichts zu tun, da keine Gemeinde da ist. Salmi sieht die unterbrochene Wanderroute mit frischen sss, sss. Er könnte er nicht hören. Nehmen wir... Türen standen ja... Aber eine ungeheure Hölle war... wertlos. Daß erneut, daß künftig er sich verschlagen. Heute nacht wollte er... die Krypta unter dem Altar hin... eilen, wo die Pastoren schliefen, viele Pastoren, die nun e... en, welche Gebete, die aus morschen Särgen herausgaben. Lorraine, ne, auf die er seit vielen Jahren schaute, hoffen gegen mancherlei Uebel, und Pastorengabe... ersten Anstoß in von geweihten und gelehrteten Männern. Pella Salmi kehrt... und die ganze Zeit murmelte er vor sich hin und nicht bestätigt... Kopfe. (Fortsetzung folgt.)

Alte Seekarten.

Um im Jahre 1518, also vor vier Jahrhunderten, zeichnete ein gewisser Pietro Vesconte eine Seekarte, die von großem geschichtlichem Wert ist. Sie ist die älteste „dattierte“ Karte, d. h. die erste, die mit einer Jahreszahl versehen ist. Ihr Titel war zu sich falsch angelegt; aber sie bildete doch eine Grundlage, auf der sich weiterbauen ließ.

Das Zeichnen von Karten bietet Schwierigkeiten, die in der Natur der Kugelform der Erde begründet sind, und die sich grundsätzlich nicht ganz überwinden lassen. Eine Kugelform genügt die Fläche kann man nämlich nicht auf eine ebene Fläche bringen, man mag dies versuchen, wie man will. Bei kleineren Gebieten macht sich dieser Widerstand allerdings wenig geltend. Will man jedoch größere Landmassen oder Meere abbilden, so tritt er sehr merklich auf. Gerade Seekarten leiden unter ihm, weil ja auf ihnen oft weit-ausgedehnte Gebiete dargestellt werden sollen. Auch muß hier noch eine besondere Korrektur erfüllt werden. Wenn ein Schiff dauernd dieselbe Fahrtrichtung beibehält, wenn es also stets gleichen „Kurs“ verfolgt, so segelt es auf der „Isobath“ (Kontur). Diese ist in Wirklichkeit keine gerade Linie; aber der Schiffer wird den Eindruck haben, daß er immer geradaus steuert. Reicht er nur den zurstellegelegten Weg in eine Seekarte ein, was jeder gewissenhafte Schiffer zu tun pflegt, so wird er verlangen, daß diese Ausfaltung als gerade Linie anfällt. Seine Seekarte muß also so eingerichtet sein, daß sich auf ihr ein isobathischer Weg als ungekennzeichnete Bahn darstellt.

Die Karte des erwähnten Vesconte war eine sogen. Plattkarte. Ihr Titel war überaus einfach gestaltet, so daß es von jedem aufgezeichnet werden konnte, der nur ein wenig mit dem Lineal umzugehen wußte. Es befand nämlich aus lauter ziemlich quadratischen Kreisen, und eine Plattkarte war daher etwa mit einem Schachbrett zu vergleichen; denn das Niemandsland war demjenigen beim Schachbrett ähnlich. Hielt man solch eine Karte vor sich, so hatte man am oberen Rand eine der 80 nördlichen Breitengrade, unter befand sich der entsprechende südliche Kreis, und in der Mitte lag querüber der Gleicher (Äquator). Senkrecht verlaufen dann die ebenfalls als gerade Linien dargestellten Längenkreise, und diese wurden von den gradlinigen Breitengraden geschnitten, die wesentlich denselben Abstand voneinander hatten wie die Längenkreise.

Außerdem war dieses Netz nun falsch angelegt? Was zunächst die Breitengrade anbetrifft, so daß es von jedem aufgezeichnet werden konnte, der nur ein wenig mit dem Lineal umzugehen wußte. Es befand nämlich aus lauter ziemlich quadratischen Kreisen; aber es kann wohl kein Hindernis bestehen, solche Kreise zu geraden Linien aufzubringen. Auch sieht es mit der Wirklichkeit nicht im Widerspruch, wenn man diesen Kreisen gleiche Abstände gibt und sie gleichgerichtet (parallel) verlaufen läßt. Angreifbar war dagegen die Art, wie die Längenkreise behandelt wurden. Diese laufen ja auf der Erdkugel vom Gleicher nach den Polen hin zusammen. Bei der Plattkarte behielten sie dagegen überall den gleichen Abstand, und infolgedessen erschienen die Breitengrade gleich lang, während sie in Wirklichkeit nach den Polen zu zusammen-

schrumpfen. Anmerkung hat man sich geräume Zeit mit solchen Plattkarten beschäftigt, haben damit auch schlecht und recht ihre Ziele erreicht. Allerdings war es klar, daß diese Darstellungsweise nicht richtig sein konnte; aber man vermochte lange nicht zu erraten, wo eigentlich der Fehler lag. Erst ein in der Raumlehre gut geschulter Gelehrter wie Gerhard Kremer, dessen latinishcher Name Mercator war, konnte die alte Plattkarte umformen, und in eine brauchbare Darstellung verwandeln. 1569 erschien die berühmte „Weltkarte zum Gebrauch für Seefahrer“ des im Jahre 1512 geborenen verdienstvollen Mannes, und sie hat sich seither ein völlig unbestritten Weltstellung erworben. Wie ist sie aber eingerichtet?

Mercator behielt zunächst jene Anordnung der Längenkreise bei, die auf der Plattkarte getroffen war. Sie stellen sich auch bei ihm als gerade Linien dar, die senkrecht und in überall gleichen Abständen verlaufen. Dagegen bestimmte er die Abstände der Breitengrade, die auf der Kugel gleich sind, nach einem besonderen Gesichtspunkt. Er stellte nämlich folgenden Schluß auf: Wenn die Längenkreise, die an sich noch den Polen zu zusammenlaufen, auf der Kugel als nicht zusammenlaufend dargestellt werden, so werden sie offenbar auseinandergezerrt, und in denselben Maße müssen daher auch die Abstände der Breitengrade übertrieben werden. Wie diese For-

derung erfüllt wird, veranschaulicht sich durch einige Zahlen. Beträgt auf einem Mercatorkärtchen der Abstand zwischen dem Gleicher und dem 20. Breitengrade beispielweise 18 Millimeter, so ist der zwischen dem 20. und 40. Breitengrade 22, der zwischen dem 40. und 60. 30, und der zwischen dem 60. und 80. 36 Millimeter groß. Bei 80. Breitengrade pfeilt man die Mercatorkarten gewöhnlich abwärts. Denn der 90. Grad, nämlich der Punkt des Polos, würde unendlich weit liegen müssen. Hierin liegt ein unbestreitbares Nachteil dieser Karten. Alle Polarfahrer sind sie jedenfalls nicht brauchbar.

Die Mercatorkarte liegt scheinbar zu dem Fehler der alten Plattkarte noch einen zweiten hinzu, der geradezu künstlich erzeugt wird! Und doch hat diese eigenartliche Darstellungsweise ihren Sinn. Verstellt man auf ihr eine Grönland und Spanien, so erscheint ersteres allerdings viel zu groß. Es ist ja auch sowohl in der Richtung von Ost nach West, als auch in derjenigen von Nord nach Süd auseinandergezerrt. Es fehlt also die „Flächentreue“. Dagegen ist „Winkelstreue“ vorhanden, d. h. auch Grönland zieht die richtige Form. Die Ursache davon ist leicht einzusehen. Wenn wir eine Figur von rechts nach links auseinanderziehen, so erhält sie eine neue Gestalt; verziehen wir sie aber dann in demselben Grade auch von oben nach unten, so wird sie wieder ihre alte Form, nur in vergrößelter Gestalt.

Die Mercatorkarte erfüllt nun die Bedingung, daß die Vorderseite auf ihr ungefähr dargestellt werden kann. Ist der Schiffer beispielsweise stets in nordöstlicher Richtung aufgekehrt, so erscheint sein Weg als eine gerade Linie, die alle Längenkreise unten in einem halben rechten Winkel schneidet. Diese Karte ist auch sonst sehr bequem. Will man ermitteln, in welcher Richtung man fahren muß, wenn man etwa von den Bermudas nach Halifax geht, so verbindet man beide Orte auf der Karte durch eine diagonale Linie. Diese verläuft dort in senkrechter Richtung, woraus sich ergibt, daß man den Kurs von Süden nach Norden wählen muß. Nur in einer Beziehung erwölbt sich die Mercatorkarte als unbequem und nicht ganz zufällig. Es gilt ja an den verschiedenen Stellen oft ein ganz verschiedener Maßstab, und darum findet man immer auf Mercatorkarten eine besondere Figur, aus der sich die in den verschiedenen Breiten geltenden Längenwerte ersehen lassen. Eine Strecke, die auf der Karte schräg verläuft, die also durch verschiedene Strecken geht, läßt sich schwer genau messen. Aber schließlich hat jede Karte ihre Mängel.

Wird der Name eines Mercator ziemlich genannt, so sei auch jener Pietro Vesconte nicht vergessen, der zuerst Karten veröffentlichte, deren Weg frei von Wögen und sonstigen Unwettern war.

Kleine Chronik.

Einen Märchenabend veranstaltete gestern im Auguste-Schmid-Gaal in der Dresdner Straße Nora Mengelberg aus Berlin. Sie sprach zwei Volksmärchen von den Gebrüdern Grimm (Mauruncius) und Bockstein (Der Weitlauf) und zwei Kunstmärchen von Doktor Wilde (Der eigenstötige Riese) und Leander (Von der Königin, die keine Pfefferküsse backen konnte), dazu Kindergedichte von Josephine Meg und Blüthgen. Doch sie nicht los, sondern frei vorwirkt, war verdienstlich. Wenigstens Volksmärchen, die ganz auf den Sprechton abgestimmt sind, müssen frei erzählt werden; ein Wildesches Märchen kann man eher ableben. Um aber Märchen in voller Freiheit zu erzählen, dazu fehlt Nora Mengelberg noch die technische Sicherheit und, was damit zusammenhängt, die geruhige Einschaltung. Sie möchte noch im einzelnen zu viel charakterisieren, und man merkt ihr die Mühe an, die Stimmen auseinanderzuhalten; das erweckt den Eindruck des Gelästerns, der gerade durch den freien Vortrag vermieden werden sollte. Will die Vortragende ans Ziel kommen, muß sie mehr auf den ehemaligen Fluß der Erzählung bedacht sein, was ihr auch bei der Sprödigkeit ihres Organs zu empfehlen ist. Je mehr sie daran denkt, die reine Erzählerfreude wachten zu lassen, um so stärker wird sie wirken, namentlich wenn sie noch auf Einheitlichkeit des Programms achtet und sich entweder auf Volks- oder auf Kunstmärchen beschränkt und auf die billigen Erfolge mit autogemeinten Neuerungen verzichtet.

Neues Theater. Freitag, 7 Uhr: Die Regimentsklo; Der Blumen Nach. Sonnabend, 7 Uhr: Der Freischütz. Sonntag, 6 Uhr: Flauto solo; Die toten Augen (aufscheinbares Antrech). Montag, 7 Uhr: Die verlorne Tochter. — Altes Theater. Freitag, 7 Uhr: Der Strom (volksmäßige Vorstellung). Sonnabend, 7 Uhr: Sappho (Trauerspiel in 5 Akten von Franz Grillparzer. Neu erstudiert). Sappho: Sissi Stollberg). Sonntag, 1/2 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Woh dem, der läßt). 7 Uhr: Meine Frau, die Hoschaupteierin. Montag, 7 Uhr: Der Heilige Nepomuk (Dramatische Dichtung von Ilse v. Stock. Veranlagung der Sachsischen Künstlerschülerwoche). — Neues Operettentheater. Freitag, 7 Uhr: Das Gardaskätzchen. Sonnabend, 7 Uhr: Die Rose von Stambul. Sonntag, 7 Uhr: Das Fürstentum. Montag, 1/2 Uhr: Der liebe Augustin (volksmäßige Vorstellung).

In dem Legendenabend, der am Montag im Alten Theater stattfindet, sind bereits sämtliche Karten vergriffen. Es ist daher eine Wiederholung geplant, an der jetzt schon Vorbestellungen an der Kasse des Alten Theaters angenommen werden.

Leipziger Schauspielhaus. Freitag, 7 Uhr: Einsame Menschen. Sonnabend, 7 Uhr: Die deutschen Kleinstädter. Sonntag, 8 Uhr: Die deutschen Kleinstädter. Montag, Vereinsvorstellung. Dienstag, 7 Uhr: Die deutschen Kleinstädter. Wegen Erkrankung Eduard von Wintersteins muß das für Sonnabend angelegte Gastspiel Wegener-Winterstein im Faust ausfallen. Die bereits gekauften Karten werden an der Kasse zurückgenommen. — Die Vorberichtigung für Sonnabend, 27. April, Literaturtheater Abend: Drei Alte von Heinrich Mann (Der Tyrann, Die Unschuldige, Varieté).

Battenbergtheater. Freitag, 8 Uhr: Für Dein Glück.

Konzerte und Vorträge. Fre

Neues Theater.

Burgtheater. (Gernau 1418.)
Donnerstag, den 18. April 1918
90. Wiederholung (2. Folge, rot):

Wenn ich König wär.

(Rödig für einen Tag).

Romantisch-comödieu über in 3 Akten von Dr. E. Gause und Precht, überlegt und bearbeitet von Paul Wolf. Musik von Adolphus Adam. Musikalische Leitung: Albert Conrad. Bühnenleitung: Georg Marion. Personen: Weißerl, König von Sora (Stephan Apollon); Prinz Adonis, sehr bester (Hans Müller); Reparatur, Bleser, Gilde (Hans Ehmann); Eugen (Albert); Blael, Rätselmeister (Albert Künne); Prinzessin Irene, Tochter des Königs (Milde Hansen-Schulz); Gilde, Schlossherr (Eduard Gladitsch); Ulrich, Kriegsminister (Emil Herderling). Länge einfließend von Gustav Grondona.
Faute nach dem 1. und 2. Akt.
Opernpreise: Einlaß 6 1/2 Uhr, Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
Schaufestarten möglichst.
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Alles Theater.

Achard-Wagner-Vorl. (Gernau 1418.)

Donnerstag, den 18. April 1918

Die verlorene Tochter.

Drama in 3 Akten von Rudolf Gulda.

Bühnenleitung: Karl Ruth.

Personen: Alex. Hornemann, Einladungsabordneter (Willy Hennings-Büttner); Bernhard Hornemann, sein Sohn, Reiter (Karl Ruth); Adolphe, deutscher Baron (Walter Sandhoff); Kelli, ihre Tochter (Edith Otto-Wargenshern); Dr. Garibaldi, Unterstaatssekretär (Albert); Kurt Wellner, Reichskanzler (E. Wohlreich); Frau Eva Heintzel, Margot Strand, Else Veder, Julius Freudenthal (Anton Kerner); Williota Strand, Alice Otto; Baronin von Schmettan (Marie Schoppang); Olga, Bertha, ihre Tochter (Julia Kleistling, Anna Schönfeld); Minette (Hans Beile-Högl); Frau Almeling (Katharina Lindner); Willi (O. Augenschl.); Ein Hoteldirektor (Oskar Berger); Ein Zimmermädchen (Hans Nehls); Ein anderer Reiter (Alfred Krämer); Ein Hotelvorleiter (Hans Schäfer).
Faute nach dem 1. und 2. Akt.
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Gewohnt. Preise: Einlaß 6 1/2 Uhr, Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Battenberg-Theater
Donnerstag, den 18. April 1918, abends 8 Uhr:
„Für Dein Glück.“

Schauspiel in 5 Aufzügen nach dem gleichnamigen Roman von Lola Stein, bearbeitet von Thilo Schmidt u. Heinr. Hillmar.
Morgen, abends 8 Uhr: „Für Dein Glück.“
Sonntags u. Mittwochs: Ostermärchen. Kinder halbe Preise.

Krystall-Palast
Theater Fernspr. 2021
Allabendlich 7 1/2 Uhr: Der vorzügliche Spielplan!

Battenberg
Täglich abends 8 Uhr

Der erstklassige April-Spielplan
Tageskasse von 10-2 Uhr und Zigaretten-Geschäft K. Kirsch, Katharinenstr. 5.

Gross-Stadt-Leipzig
Nürnberg
Bayerische Str. 8/10. Fernspr. 1430.
Täglich abends 8 Uhr

Grosse Ehren-Ringkämpfe.
Heute ringen:

Luppa gegen **Maschke**
Meisterr. von Deutschl. Meisterr. von Westpre.
Emonds gegen **Hünig**
Meisterr. vom Rheinl. Meisterr. von Dresden
Gerigkoff gegen **Gehrmann**
Europa-Meister Meisterr. von Magdeburg.

Zoologischer Garten
Grosser Festsaal.

Sonnabend, den 27. April 1918
7 1/2 Uhr abends

Wohltätigkeits-Veranstaltung

zunutzen des

Oesterr.-Ungarischen Hilfsvereins zu Leipzig
unter gütiger Mitwirkung der Damen Linden, Gertrud Rößner, Schulz-Dornburg, Seubert, Wietz; Herren Baloque, Galler, Habit, Kase, Reiff und dem Ballett unter Leitung der Tanzmeisterin Fraulein Grondona.
Künstlerische Leitung Herr Josef Groß.
Am Flügel Herr Liebermann - Rosswiese.

Bunter Abend :: Tombola

Kartenverkauf für Tischplätze zu 5, 4, 3,
2 Mk. bei Pollich, Goldschneider und Dietrich
(Zentraltheater) bereits begonnen.

Obsbaum-Karbolineum „Lohsol“

vom Rat der Stadt Leipzig empfohlen und sicherst Mittel
gegen Blutlaus sowie alle Baumkrankheiten.

Ölungekalk - Ölungenmittel

chemische Stopfölung veranlagt
unter Kaufmännischer Auszeichnung Rudolf Müller,

L. Plagwitz, Weizenfelser Straße 90. Tel. 40650. [247]

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turnvereine

Turnverein Elche.

Grosser Unterhaltungs-Abend im Volks-
haus Leipzig, am Sonnabend, den 20. April.
Einlaß 6 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Ein reiches Pro-
gramm; ausgeführt von Turnern und Turnerinnen,
eine humorvolle Posse mit Gesang, dazu die freundi-
che Mitwirkung von Frau Alice Henning als
Künstlerin im Vortrag von Volkssiedlern mit Lauten-
begleitung usw. - Freundlich sind eingeladen alle
Leipziger Turngenossen sowie die Angehörigen unserer
im selbe befindlichen Mitglieder. Der Turnrat.
Unsere Turnstunden können wieder in den Schul-
turnhallen stattfinden: Montags und Donnerstags:
Turnerinnen in der 8. Bezirkschule, Möllersstraße;
Dienstags und Freitags: Turner in der 8. Bezirks-
schule, Scharnhorststraße.

Südgruppe. Mitglieder der Vereine Eiche, Connex-
sion, wie Crostewitz, Döhl, Gaußsch und
Söhren, agitieren für guten Besuch unseres Gruppen-
Schauturnens am 28. April. Rügt die Zeit, werkt
neue Anhänger für unsere Vereine und erscheint in
Massen zum Schauturnen.

Turngemeinde Plagwitz - Schleußig.
Sonnabend, 20. April, **Unterhaltungsabend**
im Turnlokal „Schloß Lindenfel's“ (Blauer Saal),
Höhnstraße. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, 27. April, abends 8 Uhr, **Vereins-
Versammlung.**

Bahlreiches Er scheinen wünscht Der Turnrat.

Turnverein „Jahn“, Leutzsch.
Turnstunden:

Turner: Dienstag und Freitag 8-1/2-10 Uhr
Turnerinnen: Mittwoch von 8-1/2-10 Uhr
Schüler: Dienstag von 1/2-7-1/2 Uhr
Schülerinnen: Mittwoch von 1/2-7-1/2 Uhr.
Anmeldungen werden jederzeit in den Turnstunden
entgegengenommen. Der Turnrat.

Gohlis. Sonntag, den 21. April, nachmittags 4 Uhr
(Beginn 5 Uhr) im „Kaiser Friedrich“, Menden-
straße, **Unterhaltungs-Abend** mit Musik,
Theater und turnerischen Darbietungen. Eintritt:
Erwachsene 35 Pf., Kinder 15 Pf. Freundlichst
lädt ein. Der Turnrat.

Liebungabende: Dienstag und Freitag: Männer
und Frauen abends von 8-1/2-10 Uhr, Schüler und
Schülerinnen abends von 6-1/2-8 Uhr.

Fernsprech-Nummern

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leipziger Volks-
zeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

der

Leipziger Buchdruckerei U.-G.

Verlag der Leipziger Volkszeitung

4596 Geschäftslistung, Hauptkontor,
Kasse und Schreiber.

2721 Insuranzannahme und Buch-
handlung.

13693 Redaktion der Leip